



EURONEST PARLIAMENTARY ASSEMBLY  
ASSEMBLÉE PARLEMENTAIRE EURONEST  
PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG EURONEST  
ПАРЛАМЕНТСКАЯ АССАМБЛЕЯ ЕВРОНЕСТ

*Plenarsitzung*

**NEST\_PV(2015)0317**

### **PROTOKOLL**

der Sitzung vom 17. März 2015, 15.00 bis 19.15 Uhr,  
und 18. März 2015, 9.00 bis 17.00 Uhr.  
Eriwan, Armenien

Die vierte ordentliche Sitzung der Parlamentarischen Versammlung Euronest wird am Dienstag, den 17. März 2015 um 15.00 Uhr vom Präsidenten der Nationalversammlung der Republik Armenien, Galust SAHAKYAN, eröffnet.

Herr SAHAKYAN stellt fest, dass Euronest die notwendigen Voraussetzungen für eine enge multilaterale Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union (EU) und ihren östlichen Partnern geschaffen habe. Seiner Ansicht nach ist es von entscheidender Bedeutung, den Geist der Zusammenarbeit zu bewahren und sich auf den Ausbau von zwischenmenschlichen Kontakten zu konzentrieren, um so die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu wahren, eine tolerante Gesellschaft zu formen und für ein harmonisches Zusammenleben zu sorgen. Ihm zufolge sollte von der Versammlung so weit wie möglich Gebrauch gemacht werden.

*Das Wort wird dem Präsidenten der Republik Armenien, Serzh SARGSYAN, erteilt.*

Der Präsident begrüßt alle Gäste in Armenien und bringt den Wunsch zum Ausdruck, dass die Sitzung der Parlamentarischen Versammlung Euronest zu konstruktiven Diskussionen führen und erfolgreiche Arbeitsergebnisse liefern möge. Er ist überzeugt, dass die Diskussionen und Entschlüsse in einigen Bereichen, darunter Infrastruktur und Verkehr, Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen, zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen der EU und den Partnernationen beitragen und den Dialog im Kulturbereich fördern werden.

Herr SARGSYAN begrüßt die Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung und Förderung eines Systems gesamteuropäischer Werte unter Beteiligung des Parlaments und der Zivilgesellschaft. Er betont, dass Armenien ein Land der freien Meinungsäußerung und freier Medien, mit Versammlungsfreiheit und einer entwickelten Zivilgesellschaft sei. Er merkt an, dass die Regierung Verfassungsreformen mit dem Ziel, die konstitutionellen Mechanismen zur Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit und zur Wahrung der grundlegenden Menschenrechte

und Grundfreiheiten zu optimieren, eingeleitet habe, um die demokratischen Prozesse in Armenien weiter zu verbessern. Armenien sei bestrebt, die Zusammenarbeit mit der EU weiter auszubauen und sich dabei insbesondere auf die stetige Verbesserung demokratischer Institutionen und des Justizsystems, eine verantwortungsvolle Staatsführung, die Bekämpfung von Korruption, die Festigung der Zivilgesellschaft, die weitere Verbesserung des Unternehmensumfelds zur Ausweitung von Handel und Investitionen, die weitere Umsetzung von Mobilitätsprogrammen sowie die Expansion der sektorspezifischen Zusammenarbeit zu konzentrieren. Armenien unternehme Schritte, um zwischenmenschliche Kontakte und den freien Personenverkehr zu sichern, und unterstützte den Dialog mit der EU über die Regelung für visumfreies Reisen. Der Präsident bringt vor, dass es bislang möglich gewesen sei, die Mitgliedschaft Armeniens in der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) und die Teilnahme an der umfassenden Agenda der EU zu kombinieren.

Herr SARGSYAN weist darauf hin, dass die armenische Nation und die ganze Welt in diesem Jahr gemeinsam der Opfer des Völkermords an den Armeniern im Osmanischen Reich im Jahr 1915 gedenken werden. Er bringt seine hohe Wertschätzung für den Beitrag des Europäischen Parlaments zur Anerkennung des Völkermords an den Armeniern zum Ausdruck. Das Europäische Parlament sei die erste europaweite Institution gewesen, die eine EntschlieÙung zur Verurteilung des Verbrechens an der armenischen Bevölkerung angenommen und die türkische Regierung zur Anerkennung des Völkermords aufgefordert habe. Der Präsident erinnert daran, dass der Völkermord an den Armeniern nicht nur eine nationale Tragödie gewesen sei, sondern auch ein globales Verbrechen an der Zivilisation und der Menschheit, welches das Versäumnis, Lehren aus der Geschichte zu ziehen, die Gefahren der Leugnung von Völkermord sowie die langfristigen negativen Konsequenzen der Nicht-Sanktionierung und Nicht-Anerkennung dieser Art von Verbrechen gezeigt habe. Herr SARGSYAN begrüÙt den vom Europäischen Parlament am 12. März angenommenen Jahresbericht 2013 über Menschenrechte und Demokratie in der Welt, der einen separaten Abschnitt über den 100. Jahrestag des Völkermords an den Armeniern beinhalte, und fordert alle Mitgliedstaaten auf, diesen anzuerkennen. Er ruft die EU-Institutionen dazu auf, auch weiterhin zur Anerkennung des Genozids beizutragen.

Der Präsident erwähnt unter Bezugnahme auf die EntschlieÙung zum Berg-Karabach-Problem, dass diese Plattform nicht als ein Propaganda-Instrument oder zur Schürung interethnischer Feindseligkeiten genutzt werde (so wie es bei Aserbaidschan der Fall gewesen sei). Armenien werde versuchen, die von der Versammlung gebotenen Möglichkeiten so gut wie möglich zugunsten einer friedlichen Koexistenz und Kooperation zwischen den Nationen zu nutzen. Der beste Beweis hierfür sei die aktive Teilnahme der armenischen Delegationen an Veranstaltungen in Aserbaidschan, wie z. B. an der ordentlichen Sitzung 2012 in Baku.

Herr SARGSYAN bedauert, dass die aserbaidtschanische Seite Zusammenkünfte vermieden und bisher keine Schritte in Richtung eines konstruktiven Dialogs unternommen habe. Er betont, dass es ziemlich bestürzend sei, dass ihr Nachbar bei dem Versuch, eine friedliche Lösung für den Karabach-Konflikt zu finden, bislang eine unkonstruktive und „maximalistische“ Haltung gezeigt habe, indem bei bereits vereinbarten Punkten Rückzieher gemacht würden und beständig versucht werde, das Format des gemeinsamen Vorsitzes der Minsk-Gruppe in der OSZE zu verändern oder ohne Übereinkunft über grundlegende Prinzipien Verhandlungen über den Vertrag aufzunehmen. Es sollte offensichtlich sein, dass sich die Schlüssel zur Beilegung dieses Konflikts nicht in Paris, Moskau oder Washington, sondern in Baku, Stepanakert und Eriwan befänden. Aserbaidschan mache nach wie vor weit hergeholte Vorwände geltend, um eine Beilegung auf der Grundlage der von den

Vorsitzenden vorgeschlagenen Prinzipien zu verhindern. Dem Präsidenten zufolge bedürfen derartige Taktiken einer zweifelsfreien Beurteilung der internationalen Gemeinschaft und insbesondere der europäischen Institutionen. Er betont, dass es unabhängig von den unrealistischen Behauptungen Aserbaidshans und den regelmäßigen Provokationen an der Kontaktlinie keine Alternative für eine friedliche Lösung des Berg-Karabach-Konflikts gebe. Es sei nach wie vor der Standpunkt der internationalen Gemeinschaft, dass nur die Rechte der Menschen auf eine freie Willensäußerung und Selbstbestimmung zu einer umfassenden Beilegung des Konflikts führen werden. Der Konflikt könne also umfassend beigelegt werden, indem die Menschen aus Berg-Karabach ihre Rechte frei ausüben. Der Vorschlag der Vorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE stütze sich auf diesen Ansatz.

\*\*\*

*Die Eröffnungszereemonie wird im Namen von Martin SCHULZ, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, von Ryszard CZARNECKI, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, fortgesetzt.*

In seiner Stellungnahme betont Herr CZARNECKI, dass die Ukraine-Krise bereits zu tiefgreifenden politischen Veränderungen im Land geführt habe: Die Annexion der Krim durch Russland und der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine hätten schwerwiegende Auswirkungen auf die Nachbarregion gehabt und die Revision der europäischen Nachbarschaftspolitik beeinflusst. Er erinnert daran, dass 2014 in der Ukraine und in der Republik Moldau Parlamentswahlen abgehalten worden seien. Er bedauert, dass die Parlamentswahlen 2012 in Belarus nicht den internationalen Standards entsprachen, und äußert die Hoffnung, dass die Versammlung in naher Zukunft (sobald die Bedingungen erfüllt seien) belarussische Mitglieder aufnehmen werde. Er ruft außerdem in Erinnerung, dass die neue Werchowna Rada der Ukraine am 11. Dezember 2014 das neue Regierungsprogramm verabschiedet habe, was ein großer Erfolg sei. Die Reformen sollten in Einklang mit dem Fahrplan, der durch das Assoziierungsabkommen/vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen festgelegt werde, umgesetzt werden.

Herrn CZARNECKI zufolge sind die wichtigsten außen- und innenpolitischen Prioritäten: die Reform des Haushalts und der Abgabenordnung; die Reform der öffentlichen Dienste, einschließlich der Polizei und der Justiz, und die Öffnung der ukrainischen Wirtschaft, darunter der des Grundstücksmarkts. Er betont, dass erfolgreiche Reformen und nachhaltiger Wohlstand nur möglich seien, wenn Frieden herrsche. Das vor kurzem in Minsk unterzeichnete Maßnahmenpaket sei ein Hoffnungsschimmer für die Lösung des Konflikts, auch wenn man den Normalzustand noch lange nicht erreicht habe. Die derzeitige Umsetzung des Waffenstillstands, der erste Gefangenenaustausch und die Erklärungen über den Rückzug schwerer Waffen von der Front seien echte Gründe für die Annahme einer friedlichen Beilegung des Konflikts. Er merkt an, dass die EU entschlossen sei, den Druck auf Russland durch die Auferlegung von Wirtschaftssanktionen zu erhöhen, wenn die Waffenruhe nicht vollkommen eingehalten werde. Herr CZARNECKI bringt vor, dass die Umsetzung der Reformen und Zusagen in der Republik Moldau nach ihren Parlamentswahlen und im Zuge der Bildung der neuen Regierung inzwischen an Fahrt gewinne. Er ruft in Erinnerung, dass die Republik Moldau ihren Aktionsplan zur Visaliberalisierung im Vorjahr zum Abschluss gebracht habe und ihr eine Regelung für visumfreies Reisen in der EU gewährt worden sei; Mehr als 300 000 moldauische Bürger hätten bereits von dieser neuen Regelung profitiert.

Herr CZARNECKI verweist zudem auf den Justizbereich, in dem derzeit eine Reihe von wichtigen Maßnahmen zu dessen Reform ergriffen werde: die Ausarbeitung und Annahme

von Gesetzentwürfen, die Auswahl und Ernennung von Richtern sowie die Ausbildung von Staatsanwälten, Richtern und anderen im Rechtswesen beschäftigten Personen. Was die grundlegenden Menschenrechte betrifft, hofft er, dass das moldauische Parlament demnächst den Gesetzentwurf zur Einführung einer Quote für eine ausgewogene Geschlechtervertretung in der Politik sowie zur Gewährleistung der aktiven Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen annehmen werde. Er weist darauf hin, dass Georgien die meisten der Hauptempfehlungen, die im letztjährigen Fortschrittsbericht zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) dargelegt seien, inzwischen umgesetzt habe. Die Organisation der Präsidentschaftswahlen erfolge entsprechend den internationalen Standards. Georgien habe sein Justizsystem inzwischen weiter reformiert und mache Fortschritte bei sektorspezifischen Reformen und der regulatorischen Annäherung an den Besitzstand der Union. Das Land nehme aktiv an Diskussionen in Genf über die abtrünnigen Gebiete teil und habe mit der Unterstützung der EU Maßnahmen ergriffen, um die Lebensbedingungen von Binnenvertriebenen zu verbessern. Zudem habe das Land seine Zusage, echtes Engagement für die abtrünnigen Gebiete zu zeigen, bekräftigt.

Herr CZARNECKI erinnert daran, dass Armenien 2013 beschlossen habe, kein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Die Entscheidung Armeniens werde respektiert und es müsste nun ein anderer institutioneller Rahmen für einen Dialog innerhalb der Östlichen Partnerschaft definiert werden. Armenien sei weiterhin bestrebt, Reformen durchzuführen, und habe bereits einige der wichtigsten Empfehlungen des letztjährigen Fortschrittsberichts zur ENP in Angriff genommen. Er begrüßt die Annahme des Gesetzes über Gleichberechtigung und Chancengleichheit für Männer und Frauen, auch wenn es keinen Beschwerdemechanismus aufweise. Er verweist auf die begrenzten Fortschritte bei den Reformen im Bereich der öffentlichen Verwaltung und im Justizbereich.

Herr CZARNECKI bedauert, dass keine Mitglieder der aserbaidischen Nationalversammlung anwesend seien, und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass das Land seinen vollen Platz in der Östlichen Partnerschaft und in der Parlamentarischen Versammlung Euronest einnehmen werde. Es werde derzeit über einen Textentwurf für ein neues rechtsverbindliches Abkommen auf der Grundlage gemeinsamer europäischer Werte verhandelt. Belarus sei das einzige Land der Östlichen Partnerschaft, das nicht an der parlamentarischen Dimension teilnehme; es habe sich bisher jedoch aktiv am multilateralen Vorgehen der Östlichen Partnerschaft beteiligt. Die EU diskutiere aktuell aktiv mit der belarussischen Zivilgesellschaft über Modernisierungs- und Reformmaßnahmen: Es würden gute Fortschritte bei den Verhandlungen über ein Visaliberalisierungs- und Rückübernahmeabkommen erzielt und es gebe Grund zur Hoffnung, dass bis zum Gipfel der Östlichen Partnerschaft 2015 in Riga ein Visaerleichterungsabkommen paraphiert werde. Er begrüßt, dass Belarus sich um die Bereitstellung einer Plattform für eine friedliche Lösung der Ukraine-Krise bemühe. Er ruft in Erinnerung, dass Belarus eine Präsidentschaftswahl abhalten werde, und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass sie fair sein werde und den Vertretern der Opposition die Möglichkeit zur Teilnahme eingeräumt werde. Die entscheidende Engagementpolitik der EU sei nach wie vor wirksam und hänge von der Entlassung und Resozialisierung der politischen Gefangenen, freien und fairen Wahlen (gemäß den Standards der OSZE), der gut funktionierenden Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte ab. Herr CZARNECKI bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass Belarus eines Tages der Versammlung beitreten werde.

\*\*\*

*Das Wort wird Traian HRISTEA, dem Leiter der EU-Delegation für Armenien, erteilt.*

Herr HRISTEA merkt an, dass die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit mit Partnern verstärkt werde, und betont, dass zivilgesellschaftliches Engagement von wesentlicher Bedeutung sei. Die Rolle der Parlamente dürfe nicht unterschätzt werden: Die Regierungen sollten rechenschaftspflichtig bleiben und die zur Unterstützung der Reformen notwendigen Rechtsvorschriften verabschieden. Euronest sei gut aufgestellt, um die Rolle des Forums der Zivilgesellschaft und der Konferenz der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Länder der Europäischen Union und der Östlichen Partnerschaft (CORLEAP) zu fördern und zu konsolidieren. Er ruft in Erinnerung, dass die Entwicklung der Östlichen Partnerschaft für die EU nach wie vor eine außenpolitische Priorität bleibe. Die Zusage und Entschlossenheit, die Partnerschaft und insbesondere den Reformprozess zu fördern, seien von unbestreitbar großer Bedeutung.

\*\*\*

*Das Wort wird Heidi HAUTALA, der Ko-Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung Euronest, erteilt.*

Frau HAUTALA erklärt zunächst, dass sie geehrt sei, an der vierten ordentlichen Sitzung in Armenien teilzunehmen, und bedankt sich beim Präsidenten der Nationalversammlung, Herrn SAHAKYAN, und dem Leiter der armenischen Delegation, Artak ZAKARYAN, für deren aufrichtige Offenheit und Gastfreundschaft. Sie bedauert, dass ihre aserbaidischen Kollegen entschieden hätten, nicht an einer solch wichtigen Sitzung teilzunehmen. Sie argumentiert, dass sie die Möglichkeit, der Östlichen Partnerschaft neuen Antrieb zu verleihen und Themen von gemeinsamen Interesse (wie z. B. Energiesicherheit und die Möglichkeiten, die die EU-Energieunion auch Ländern der Östlichen Partnerschaft eröffne) zu bestimmen, nutzen sollten. Die Partnerländer sollten sich außerdem zu einer „grüneren“ Wirtschaft hinwenden. Sie ist überzeugt, dass Euronest helfen werde, eingefrorene Konflikte in der Region zu lösen. Um die Rechenschaftspflicht und Umsetzung von Reformen zu verbessern, sollte die Zivilgesellschaft in den Prozess einbezogen werden. Frau HAUTALA fordert die unverzügliche Entlassung der inhaftierten aserbaidischen Mitglieder der zivilgesellschaftlichen Plattform der Östlichen Partnerschaft – Anar Mammadli, Intigam Aliyev und Rasul Jafarov –, da es nicht akzeptabel sei, die Förderung demokratischer Werte zu behindern. Sie verweist darauf, dass es möglich sei, Länder durch Hilfen bei der Umsetzung von Reformen auf ihrem eingeschlagenen Weg zu unterstützen.

\*\*\*

*Die Eröffnungszereemonie wird von Borys TARASYUK, dem Ko-Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung Euronest, fortgesetzt.*

Herr TARASYUK bringt gegenüber allen armenischen Bürgern sein aufrichtiges Mitgefühl für die Opfer des Völkermords an den Armeniern zum Ausdruck. Er informiert die Anwesenden über die Sitzungen der vier ständigen Ausschüsse, des Präsidiums der Parlamentarischen Versammlung und der Arbeitsgruppe zu Belarus. Er betont, dass die Sitzungen der vier Medienkomitees konstruktiv gewesen seien, und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass alle Entschließungsentwürfe angenommen werden.

\*\*\*

*Rihards KOLS aus Lettland ergreift das Wort.*

Herr KOLS betont, dass die Zusammenarbeit auf demokratischen Werten, der Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte basieren sollte. Seiner Ansicht nach sind die Assoziierungsabkommen die weitreichendsten Abkommen, die einem Drittland von der EU jemals anboten worden sind. Sie würden neben einer wichtigen politischen Komponente sehr wertvolle Abschnitte über Handel, Standards, die Marktintegration und die wirtschaftliche Integration enthalten. Er hofft, dass die Struktur der Östlichen Partnerschaft flexibel sein werde, um langfristige Anreize zu bieten, da die Hauptaufgabe der Östlichen Partnerschaft darin bestehe, in der Nachbarschaft Zonen des Friedens und des Wohlstands zu schaffen und Beziehungen auf der Grundlage von Vertrauen und Sicherheit aufzubauen, nicht nur zwischen den Mitgliedern der Östlichen Partnerschaft und der EU, sondern auch in Zentralasien. Er ist der Ansicht, dass der Hauptschwerpunkt auf einer verstärkten Differenzierung liegen sollte. Das Konzept der Liberalisierung sei eines der mächtigsten Instrumente zur Erleichterung von Reformen und Partnerschaften. Während des Gipfels in Riga sollten Fortschritte im Bereich der Mobilität erzielt werden; zudem sollte die multilaterale Zusammenarbeit durch die Eröffnung neuer Aufgabenfelder, z. B. im Bereich der digitalen Wirtschaft, der Umwelt und der Zivilgesellschaft, vertieft werden.

\*\*\*

*Das Wort wird Emin YERITSYAN, dem Ko-Vorsitzenden der Konferenz der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Länder der Europäischen Union und der Östlichen Partnerschaft (CORLEAP), erteilt.*

Herr YERITSYAN verweist auf die sehr enge Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern und Partnern, die daran beteiligt sind, die Östliche Partnerschaft von einer zwischenstaatlichen Politik zu einer Politik, die alle Interessengruppen einbezieht, zu führen. Die Partner würden die Ereignisse in der Ukraine aufmerksam verfolgen und die Entwicklungen mit einem starken Fokus auf Dezentralisierung und konstitutionelle Reform unterstützen. Er erwähnt, dass das Ziel von CORLEAP nach wie vor darin bestehe, die Grundsätze der lokalen Demokratie zu fördern und dabei mehr lokale und regionale Behörden sowie deren Verbände in die Politik der Östlichen Partnerschaft einzubeziehen.

\*\*\*

*Das Wort wird Mikayel HOVHANNISYAN, Country Facilitator für Armenien des zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft, im Namen des zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft, erteilt.*

Herr HOVHANNISYAN stellt einige der wichtigsten Prioritäten und Erwartungen des Forums der Zivilgesellschaft im Rahmen der Östlichen Partnerschaft vor. Er merkt an, dass die Länder der Östlichen Partnerschaft eindeutiger Perspektiven hinsichtlich ihrer weiteren Verflechtung mit der EU bräuchten. Zivilgesellschaften bedürften klarerer Visionen hinsichtlich der Frage, wo die Östliche Partnerschaft ihre Länder hinführe (Herr HOVHANNISYAN erwartet Hilfe von der EU bei der Entwicklung dieser Vision). Er erklärt, dass die Zivilgesellschaft bereit sei, ihre Bemühungen zu verstärken, um die Umsetzung der Östlichen Partnerschaft effektiver zu unterstützen, und dass das Forum der Zivilgesellschaft daher konkretere Mechanismen und Mandate zur Beteiligung brauche. Er betont, dass die Kompetenz und Flexibilität der Zivilgesellschaft sowie die Beteiligungs- und

Überwachungsmechanismen zur Förderung einer effektiveren Demokratisierung der Länder der Östlichen Partnerschaft genutzt werden könnten und sollten. Das Forum der Zivilgesellschaft erwarte von der EU eine aktivere Behandlung der Probleme hinsichtlich freier und fairer Wahlen, der Wahrung der Menschenrechte und Freiheiten, die konsequente und effektive Umsetzung der institutionellen Reformen und die Förderung der Rechtsstaatlichkeit; diese Problembehandlung könnte durch die Formulierung konkreterer und detaillierterer Ergebnisse vonseiten der Regierungen der Länder der Östlichen Partnerschaft unterstützt werden. Der Aufbau von Vertrauen innerhalb der Östlichen Partnerschaft und in Europa im breiteren Sinne sei eine weitere Priorität. Er erwähnt als Beispiel die aktive Beteiligung der armenischen Zivilgesellschaft an der Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie zwischen Armenien und der Türkei.

\*\*\*

*Herr SAHAKYAN lädt daraufhin alle Teilnehmer dazu ein, sich an einem „Familienfoto“ und einer Baumpflanz-Zeremonie zu beteiligen. Die Sitzung wird unterbrochen und um 16.45 Uhr wieder aufgenommen.*

Nach einem Schweigemoment zum Gedenken an den armenischen Kollegen, Vahan HOVHANNISYAN, wird die Sitzung fortgesetzt:

**1. Annahme des Entwurfs der Tagesordnung (AP 101.203)**

Der Entwurf der Tagesordnung wird auf einen Vorschlag hin angenommen.

**2. Annahme des Protokolls der dritten ordentlichen Sitzung vom 28./29. Mai 2013 in Brüssel**

Der Entwurf des Protokolls der dritten Sitzung der Parlamentarischen Versammlung Euronest wird angenommen.

**3. Vorstellung des Entwurfs einer Entschließung zum „Aufbau einer verstärkten Partnerschaft zwischen der EU und den osteuropäischen Partnerländern durch das Europäische Nachbarschaftsinstrument für 2014-2020“ durch Agnieszka KOZŁOWSKA-RAJEWICZ (Europäisches Parlament) anstelle von Michał BONI (Europäisches Parlament) und Victor DOLIDZE (Georgien), Ko-Berichterstatter des Ausschusses für politische Angelegenheiten, Menschenrechte und Demokratie der Parlamentarischen Versammlung Euronest**

*Herr TARASYUK, Ko-Präsident der Parlamentarischen Versammlung Euronest, bittet darum, mit den Berichten der vier Hauptausschüsse der Versammlung, beginnend mit dem Ausschuss für politische Angelegenheiten, fortzufahren. Er gibt bekannt, dass keine Änderungsanträge eingegangen seien. Er fordert die Ko-Berichterstatter auf, den Bericht des Ausschusses für politische Angelegenheiten kurz vorzustellen. Das Wort wird Frau KOZŁOWSKA-RAJEWICZ erteilt.*

Frau KOZŁOWSKA-RAJEWICZ erinnert daran, dass der Bericht über ein stärkeres Engagement in der Partnerschaft zwischen der EU und den osteuropäischen Partnerländern durch das Europäische Nachbarschaftsinstrument für 2014–2020 aus zwei Teilen bestehe. Im ersten Teil würden die Erfolge der Östlichen Partnerschaft hinsichtlich neuer Perspektiven für den Zeitraum 2014–2020 beschrieben. Der Schwerpunkt des zweiten Teils liege auf den Zielen, die mit der Umsetzung des neuen Instruments der Östlichen Partnerschaft erreicht

werden sollen. Diese Ziele enthielten konkrete und messbare Ergebnisse und würden Nationen und Gesellschaften, die mittels eines spezifischen Arbeitsformats in der Östlichen Partnerschaft miteinander verbunden seien, zu greifbaren Resultaten führen, wobei den Aspekten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte besondere Aufmerksamkeit zukomme.

Frau KOZŁOWSKA-RAJEWICZ erklärt, dass die neue Situation in den Ländern, die von den Angriffen Russlands in der Ostukraine und von der illegalen Annexion der Krim betroffen seien, das Europäischen Parlament dazu veranlasst habe, diese Handlungen zu verurteilen und die Russische Föderation dazu aufzufordern, von einer weiteren Gefährdung der Situation abzusehen und die Energieversorgung fortzusetzen. Sie betont, dass der Gipfel in Riga die Östliche Partnerschaft stärken sowie stärkere politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Ländern der Östlichen Partnerschaft und den EU-Mitgliedstaaten herstellen solle. Neue Instrumente sollten also für greifbare Resultate für die betroffenen Personen sorgen und in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Rechenschaftspflicht umgesetzt werden. Es sollte spezielle Programme für diejenigen Länder geben, die bei der Vertiefung der Demokratie bereits Fortschritte verzeichnet hätten. Sie merkt an, dass die Entschließung die Rolle der Zivilgesellschaft in allen Prozessen der Östlichen Partnerschaft hervorhebe. Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse sei Kernbestandteil der Demokratie und die Grundlage für die Legitimierung von Autorität.

\*\*\*

*Das Wort wird dem Ko-Vorsitzenden des Ausschusses für politische Angelegenheiten, Herrn DOLIDZE, erteilt.*

Herr DOLIDZE erklärt, dass der Ausschuss versucht habe, alle strategisch wichtigen Fragen in das Dokument aufzunehmen. Er begrüßt die Assoziierungsabkommen und die Abkommen über eine Freihandelszone mit den Partnerschaftsländern. Der Ausschuss verurteile die direkten und indirekten militärischen Angriffe Russlands gegen die Ukraine und die Annexion der Krim, die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Russischen Föderation und Abchasien sowie die Absicht zur Unterzeichnung eines Abkommens mit Südossetien. Herr DOLIDZE weist außerdem darauf hin, dass Russland am 18. März die Unterzeichnung eines Abkommens mit der Region Zchinwali und ihren *de facto*-Behörden beabsichtige. Er hebt hervor, dass die EU in der Verantwortung stehe, die ehrgeizige europäische Perspektive der Partnerländer zu verteidigen. Er fordert die unverzügliche Veranlassung von Visa für kurzfristige Aufenthalte. Er ruft die Mitglieder abschließend dazu auf, den Bericht zu unterstützen.

\*\*\*

*Die Debatte über den Bericht des Ausschusses für politische Angelegenheiten wird eröffnet.*

Jaromír ŠTĚTINA fordert die Teilnehmer auf, eine Entschließung zur Verurteilung des Völkermords an den Armeniern im Jahr 1915 anzunehmen. Er führt Beispiele getöteter Personen aus aller Welt zu verschiedenen Zeitpunkten an. Er fordert die Mitglieder auf, die richtigen Worte zu wählen, um weitere Völkermorde und ethnische Säuberungen zu unterbinden. Oleksandr KODOLA aus der Ukraine wirft ein, dass man sich im Ausschuss für politische Angelegenheiten bereits einen Tag zuvor auf sämtliche Aspekte hatte einigen können. Die ukrainische Delegation unterstütze den Bericht und hoffe, dass dieser zur

Beilegung der herrschenden Konflikte beitragen werde. Er fordert die anderen Mitglieder auf, den Bericht ebenfalls zu unterstützen.

Knut FLECKENSTEIN aus der Delegation des Europäischen Parlaments gibt an, dass die Sozialdemokraten sich am Tag zuvor enthalten hätten, sich dies jedoch ändern könne. Er verweist daraufhin auf die Forderung, das Budget für die Europäische Nachbarschaftspolitik zu kürzen, und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass dieser Fehler berichtigt werde. Der dritte von ihm angesprochene Punkt betrifft die Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Prozessen. Er fordert dazu auf, mehr Enthusiasmus für dieses Thema zu zeigen. Er verweist abschließend auf die Möglichkeit, Ansätze im Rahmen von Euronest zu entwickeln.

Karol KARSKI aus der Delegation des Europäischen Parlaments wirft ein, dass die Situation an der östlichen Grenze inzwischen viel komplizierter sei als noch vor zehn Jahren, als man das Projekt gestartet habe. Fünf Partnerschaftsländer litten unter bislang ungelösten Konflikten oder einem offenen Krieg (im Fall der Ukraine). Er betont, dass die Russische Föderation an den meisten davon beteiligt sei und dass die russischen Bestrebungen der Grund für die Probleme mit den Partnern seien. Er ist der Ansicht, dass die EU Russland zum Abzug der Armee aus der Ukraine, einschließlich des Krim-Gebiets, drängen sollte; die EU sollte außerdem aufhören, die Behörden in den Regionen Ossetien und Abchasien, die ein integraler Bestandteil Georgiens seien, zu unterstützen. Er ruft in Erinnerung, dass sich die Länder der Östlichen Partnerschaft auf die EU verließen; die Mitgliedstaaten sollten sie also nicht im Stich lassen.

Urmas PAET argumentiert, dass die sanfte Macht Europas mit russischen Waffen konfrontiert werde. Er ist der Ansicht, dass alle EU-Mitgliedstaaten die Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien unterzeichnen sollten. Er hofft zudem, dass man konkrete Maßnahmen bezüglich der Visafreiheit und des politischen Konsens ergreifen werde.

Herr DOLIDZE, der Leiter der georgischen Delegation, erinnert an die Diskussionen über ein Sonderdokument über den Völkermord in Armenien und an die Beurteilung der Standpunkte der Mitglieder zu diesem Thema. Die Budget-Frage ist seiner Ansicht nach eine der wichtigsten Fragen. Er fordert, Partnerstaaten bei der Stärkung ihrer verwaltungstechnischen Kapazitäten zu unterstützen, um aus den Möglichkeiten, die ihnen geboten werden, vollen Nutzen zu ziehen. Er begrüßt die Worte über die Einbeziehung der Zivilgesellschaft, stimmt mit dem Kommentar von Herrn KARSKI über die Angriffe Russlands überein und sichert Unterstützung vonseiten der östlichen Partner zu.

Bogdan ZDROJEWSKI aus der Delegation des Europäischen Parlaments betont unter Bezugnahme auf Belarus, dass die EU einen visafreien Reiseverkehr oder eine Visae erleichterung anstreben sollte. Er schlägt als konkrete Lösung eine spezielle Visaregelung für Menschen, die im Kulturbereich tätig sind, vor.

Frau KOZŁOWSKA-RAJEWICZ aus der Delegation des Europäischen Parlaments begrüßt die Rolle der Zivilgesellschaft im Rahmen der Tätigkeit von Euronest und fordert die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in deren Arbeit. Sie unterstützt ferner die Themen Visae erleichterung und grenzüberschreitende Mobilität.

#### **4. Vorstellung des Entwurfs einer Entschließung zur „Infrastrukturellen Zusammenarbeit zwischen der EU und den Ländern der Östlichen Partnerschaft: gemeinsame Straßen-, Schienen- und Luftverkehrsprojekte“ durch Alberto CIRIO (Europäisches Parlament) und Mher SHAHGELDYAN (Armenien), Ko-Berichterstatter des Ausschusses für wirtschaftliche Integration, Rechtsangleichung und Konvergenz mit EU-Politiken der Parlamentarischen Versammlung Euronest**

*Herr TARASYUK gibt bekannt, dass die Sitzung mit dem Bericht des Wirtschaftsausschusses fortgesetzt werde. Er informiert darüber, dass es nur einen Änderungsantrag gebe. Das Wort wird den Ko-Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses erteilt.*

Herr SHAHGELDYAN, ein Ko-Berichterstatter für den Bericht des Wirtschaftsausschusses, hebt hervor, dass die Kommunikationsinfrastruktur entscheidend sei, um die Entwicklung der Region, die gegenseitigen Kontakte und Beziehungen sowie die wirtschaftliche Entwicklung sicherzustellen. Er geht auf einige Punkte des Berichts ein; er ist insbesondere der Ansicht, dass die Liberalisierung der Kommunikation Barrieren und Hindernisse abbaue. Er drückt unter Bezugnahme auf die Sicherheit der Bürger sein Bedauern darüber aus, dass viele Menschen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft bei Unfällen ums Leben gekommen seien, und ist der Auffassung, dass die EU ihr Möglichstes tun sollte, um die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern, die Rechtsrahmen mit europäischen Vorgaben zu harmonisieren und die Zahl der Verkehrstopfer zu verringern. Das nächste wichtige Thema handelt von den sogenannten „Open-Air“-Prinzipien. Er hebt hervor, dass diese für alle Länder festgelegt werden sollten. Er begrüßt außerdem die Bedeutung der Reformen und merkt an, dass alle diese Punkte im Bericht nicht nur auf Papier geschrieben bleiben sollten.

Herr CIRIO, ein Ko-Berichterstatter für den Bericht des Wirtschaftsausschusses, verweist auf die erforderliche Integration zwischen den beiden geografischen Regionen. Er hebt das Transfer-Problem hervor: Es betreffe nicht nur den Transfer von Gütern, sondern auch den Transfer von Menschen. Er fügt hinzu, dass auch Potenzial zur Entwicklung des Tourismussektors bestehe, und verweist auf das Erfordernis einer besseren Straßensicherheit und eines stärker entwickelten Luftverkehrs.

*Der Vorsitzende eröffnet die Debatte über den Bericht.*

Ivan ŠTEFANEC aus der Delegation des Europäischen Parlaments hebt hervor, dass die EU in fünf von sechs Ländern der Östlichen Partnerschaft der wichtigste Handelspartner sei. Im Vergleich zu anderen Ländern, insbesondere Russland, komme die EU für 28 % des armenischen Außenhandels auf (bei Russland seien es nur 24 %). Er erklärt, dass die Eurasische Wirtschaftsunion zuvor detailliert diskutiert worden sei. Der Handel sei in der Eurasischen Wirtschaftsunion 2013 um 5 % und 2014 um 12 % zurückgegangen. Er vermutet, dass dies zum Teil auf den Rückgang der Ölpreise sowie auf die Aufhebung der Zölle zurückzuführen sei. Er ist der Ansicht, dass eine zukünftige Zusammenarbeit zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion sehr stark von den russischen Angriffen und der Situation in der Ukraine abhängen werde.

Hrant BAGRATYAN, Mitglied der armenischen Delegation, geht auf zwei zentrale Themen ein. Er argumentiert zum einen, dass es nicht an der Zeit sei, dass Europa wirtschaftliche und politische Fragen vermische, da politische Debatten sehr häufig zu äußerst aggressiven wirtschaftlichen Blockaden und Sanktionen führen würden. Das zweite Thema stehe in Zusammenhang mit der Einbeziehung kleiner Länder wie Armenien in die globale Wirtschaft.

Einige Länder würden sich aufgrund ihrer Beteiligung am Markt eines anderen Landes Problemen mit der Verwaltung statistischer Daten gegenübersehen.

Clare MOODY hebt die Bedeutung der Straßensicherheit hervor und argumentiert, dass in diesem Bereich ernsthafte Maßnahmen ergriffen werden müssten. Sie weist darauf hin, dass es erforderlich sei, die Kollegen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft zu unterstützen.

Artsvik MINASYAN aus der armenischen Delegation spricht Punkt 12 des Berichts an. Seiner Ansicht nach sollte die EU effektive Maßnahmen ergreifen, um die geschlossenen Grenzen in der Region zu öffnen. Er ruft in Erinnerung, dass die Türkei und Aserbaidschan seit den letzten 25 Jahren effektiv eine Grenzschießungspolitik gegen Armenien umgesetzt hätten. Armenien habe dadurch den Zugang zu Meer-Häfen oder Ausgängen zum Meer verloren. Die einzige Grenze, die Armenien mit Europa verbinde, verlaufe durch Georgien. Er hält es für wichtig, dass die EU Druck auf die Türkei ausübe, um die Grenze uneingeschränkt zu öffnen. Er merkt ferner an, dass die Quote des armenischen Außenhandels mit der EU tatsächlich mehr als 35 % betrage (nicht 28 % wie angegeben). Er erklärt abschließend, dass die Öffnung der Grenzen Armenien mehr Möglichkeiten einräumen würde.

Ivan KRULKO aus der ukrainischen Delegation gibt an, dass die Delegation den Bericht unterstütze, und betont, dass die EU der wichtigste Wirtschaftspartner für alle Länder der Östlichen Partnerschaft sei. Die europäische Integration der Partnerschaftsländer müsse fortgesetzt werden. Er ruft dazu auf, dem nächsten Bericht des Ausschusses, und insbesondere der Frage der Rechtsangleichung der legislativen Systeme der Länder der Östlichen Partnerschaft mit dem EU-System, Beachtung zu schenken.

##### **5. Vorstellung des Entwurfs einer Entschließung zu den „Herausforderungen bei der Zusammenarbeit im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen im Rahmen der Östlichen Partnerschaft, dem Potenzial dieser Zusammenarbeit und neuem Engagement für diese Zusammenarbeit“ durch Herrn FLECKENSTEIN (Europäisches Parlament), Berichterstatter des Ausschusses für Energieversorgungssicherheit der Parlamentarischen Versammlung Euronest**

*Herr TARASYUK eröffnet die Debatte über den Bericht des Ausschusses für Energieversorgungssicherheit. Es seien sieben Änderungsanträge eingereicht worden. Das Wort wird dem Berichterstatter, Herrn FLECKENSTEIN, erteilt.*

Herr FLECKENSTEIN hebt die wichtige politische Bedeutung hervor, die das Europäische Parlament diesem Thema beimesse. Es sollten Fortschritte hinsichtlich der Entwicklung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz erzielt werden, da die aktuelle Infrastruktur sehr alt sei und es an Anbindungen fehle. Es gebe beim Thema erneuerbare Energien noch viel zu tun, um die Verbraucher zu unterstützen. Der Ko-Berichterstatter fordert, die notwendigen Speicherkapazitäten und flexible Reservekapazitäten zu schaffen, damit Versorgungslücken kompensiert werden könnten. Er hebt das große Potenzial aller Partnerschaftsländer für Energieeinsparungen in der Industrie und Landwirtschaft, im Wohnungswesen und in anderen Sektoren hervor. Er fügt hinzu, dass einige Vorschläge im Hinblick auf die Frage, wie die notwendigen Voraussetzungen für den nachhaltigen Energiesektor, positive Entwicklungen bei erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sichergestellt werden sollen, gemacht worden seien. Er merkt abschließend an, dass der Berichtsentwurf einstimmig mit einer Enthaltung angenommen worden sei.

*Herr TARASYUK eröffnet die Debatte über den Entwurf einer Entschließung des Ausschusses für Energieversorgungssicherheit.*

Eduard KUKAN aus der Delegation des Europäischen Parlaments erklärt, dass Wirtschaftswachstum und -entwicklung in engem Zusammenhang mit der Energieversorgung stünden. Er gibt an, dass die EU beträchtliche und sicherere Energievorräte brauche. Die jüngste Situation in der Ukraine habe gezeigt, wie Energie zu einem Instrument politischen Einflusses werden könne. Aufgrund der hohen Abhängigkeit des Landes von den Vorräten Russlands habe die EU begonnen, über Energiesicherheit und Energiepartnerschaften nachzudenken. Es würden mehr Investitionen benötigt, um die Infrastruktur auszubauen, das Energienetz zu modernisieren sowie neue Verbindungsleitungen und eine grenzübergreifende Infrastruktur zu errichten. Auch der Entwicklung neuer Formen von Energie und Energieeffizienz sollte politische Priorität eingeräumt werden.

Herr ZAKARYAN, der Leiter der armenischen Delegation, gibt an, dass Armenien über das Potenzial zum Ausbau der Solarenergie verfüge. Erneuerbare Energien sollten ernsthaft als eine alternative Energiequelle in Betracht gezogen werden. Der Ausbau der Energieversorgung erfordere beträchtliche Investitionen und Herr ZAKARYAN möchte daher über verschiedene Investitionsmöglichkeiten und verfügbare Instrumente, Fonds und Stiftungen sprechen, die dabei helfen könnten, Initiativen in Projekte umzuwandeln. Er erklärt, dass das armenische Unternehmensumfeld ziemlich attraktiv sei und es dort private Investoren geben, die am Energiesektor interessiert seien. Die Tarife seien allerdings nicht wettbewerbsfähig genug.

Sajjad KARIM aus der Delegation des Europäischen Parlaments merkt an, dass die aktuelle Situation in der Ukraine, die russischen Angriffe und der Druck auf osteuropäische Länder der Grund seien, weshalb die EU ihre eigene Energiepolitik überdenken müsse. Die EU müsse die Energiepolitik in den Mitgliedstaaten stärken und das ehrgeizige Projekt der Energieunion umsetzen. Die EU bewege sich auf die Diversifizierung von Energiequellen zu, indem sie neue Verbindungen aufbaue und die Abhängigkeit von Russland als Versorger mit Öl und Gas verringere. Er hebt hervor, dass die Partner im südlichen Kaukasus eine wichtige Rolle in diesem Prozess zu spielen hätten, sowohl als Versorger als auch als Transitländer. Die EU nutze nach wie vor Gelegenheiten, die regionale Zusammenarbeit bei Energiefragen zu verstärken. Er fügt hinzu, dass die anatolische Erdgasleitung, welche die bestehende südliche Kaukasus-Leitung in Georgien und die armenisch-georgische Leitung verbinden solle, zu einem Grundgerüst werden und Potenzial für künftige Entwicklungen bieten könne.

Peter ERIKSSON aus der Delegation des Europäischen Parlaments ist der Ansicht, dass die Entscheidung über den Völkermord an den Armeniern aufgrund des 100. Jahrestags des Ereignisses 2015 im Europäischen Parlament angenommen werden sollte.

## **6. Vorstellung des Entwurfs einer Entschließung zur „Kultur und zum interkulturellen Dialog im Rahmen der Östlichen Partnerschaft“ durch Tatjana ŽDANOKA (Europäisches Parlament), Berichterstatterin des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, Bildung, Kultur und Zivilgesellschaft der Parlamentarischen Versammlung Euronest**

*Herr TARASYUK begrüßt die Vorstellung und den Entwurf einer Entschließung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, Bildung, Kultur und Zivilgesellschaft. Das Wort wird Frau ŽDANOKA erteilt.*

Frau ŽDANOKA erklärt, dass 17 Änderungsanträge zu dem Bericht eingereicht worden seien: Einige der Anträge seien angenommen, andere abgelehnt worden; der Bericht sei jedoch schließlich einstimmig angenommen worden. Sie erinnert daran, dass das größte Gut Europas seine Wohltätigkeitskultur sei. Sie könne und sollte zur Entwicklung der sozialen Integration, zur Innovation, zur Demokratie, zu den Menschenrechten, zur Bildung, zur Konfliktverhütung und Aussöhnung, zum gegenseitigen Verständnis und zur Achtung beitragen. Die kulturelle Vielfalt zähle zu den Grundprinzipien der EU. Sie merkt an, dass alle europäischen Sprachen den gleichen Stellenwert einnehmen würden. Dies trage zur Bereicherung der Humanität und sprachlichen Vielfalt in der EU bei. Die Länder der Östlichen Partnerschaft würden sich nicht nur ihre offiziellen Sprachen, sondern auch ko-offizielle Sprachen, regionale Sprachen und nicht offiziell anerkannte Sprachen zu eigen machen. Auf dem europäischen Kontinent würden 300 verschiedene nationale Minderheiten und Sprachgemeinschaften leben. Die EU habe die Europäische Konvention für den Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen unterzeichnet und ratifiziert. Frau ŽDANOKA ersucht die Länder, in denen Konflikte herrschen, darum, keine Denkmäler zu zerstören. Sie verweist zudem auf konkrete Vorschläge im Hinblick auf die Visaerleichterung, insbesondere den Fall der Kulturvisa für europäische nationale Künstler und Berufstätige aus dem Kulturbereich. Sie fordert die Ausarbeitung eines Zeitplans zur Einführung eines Kulturvisaprogramm in Abstimmung mit dem bestehenden, im Jahr 2005 eingeführten Wissenschaftlervisaprogramm. Sie merkt abschließend an, dass es auch Empfehlungen zur Umsetzung von „Erasmus +“ und anderer bereits bestehender Programme gebe.

*Der Vorsitzende erklärt die Debatte über den Entwurf einer Entschließung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten für eröffnet.*

Frau ZDROJEWSKI aus dem Europäischen Parlament hebt drei zentrale Themen hervor. Sie geht zunächst auf die Visa für die Länder der Östlichen Partnerschaft ein. Der zweite Punkt betrifft einen Vorschlag für das Europäische Parlament; dieses solle eine Anhörung zu Kulturobjekten organisieren, die während der aktuellen Konflikte zerstört würden. Der dritte Punkt bezieht sich darauf, den jüngsten Bürgern besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Tevan POGHOSYAN, Mitglied der armenischen Delegation, verweist auf die Bedeutung des Visaliberalisierungsprogramms. Er erinnert an die Aussage des Generalsekretärs im Januar 2012, der argumentiert habe, dass im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderer internationaler Instrumente jeder Bürger geschützt werden müsse. Er fügt hinzu, dass die EU mit der Zivilgesellschaft in Regionen wie Berg-Karabach zusammenarbeiten sollte.

Karine ATCHEMYAN aus der armenischen Delegation hebt hervor, dass die Delegation insbesondere am Abschnitt zum kulturellen Dialog interessiert sei. Die Republik Armenien sei nach wie vor offen für einen kulturellen Dialog mit allen Ländern, sogar mit ihren Nachbarn, der Türkei und Aserbaidschan, die Gegenleistungen in allen Formaten und auf allen Plattformen verweigerten. Sie erwähnt, dass Berg-Karabach die Region mit der höchsten Konzentration an christlichen Denkmälern in der Welt sei. Die Leugnung der Tatsache, dass diese Denkmäler armenisch seien, wäre ein Fehler und sollte verurteilt werden. Sie ruft alle dazu auf, Kulturvandalismus zu verurteilen, und fügt hinzu, dass derartige Handlungen nicht nur missbilligt, sondern auch sanktioniert werden sollten. Dies würde nicht nur Armenien unterstützen, sondern alle Länder, die sich gegen Kulturvandalismus aussprechen.

Vitalii KURYLO aus der ukrainischen Delegation bestätigt, dass die Delegation den Bericht und insbesondere Themen wie die Visaregulation, höhere Universitätsausbildungen, die Anerkennung von Universitätsabschlüssen in anderen Ländern, einschließlich der EU, und die Gleichstellungspolitik unterstütze.

**7. Vorstellung des Entwurfs eines Eilantrags für die EntschlieÙung zu der „Militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine und der dringend notwendigen friedlichen Beilegung des Konflikts“ durch Herrn TARASYUK, Mitglied der ukrainischen Delegation und Ko-Präsident der Parlamentarischen Versammlung Euronest, im Namen des Präsidiums der Parlamentarischen Versammlung Euronest**

*Frau HAUTALA, Ko-Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung Euronest, gibt bekannt, dass es noch zwei eilige EntschlieÙungen gebe. Sie erteilt Herrn TARASYUK, Mitglied der ukrainischen Delegation und Ko-Präsident der Parlamentarischen Versammlung Euronest, das Wort, um die ukrainische EntschlieÙung vorzustellen.*

Herr TARASYUK aus der ukrainischen Delegation gibt einen Überblick über die Auswirkungen des derzeitigen Krieges mit Russland: Viele Ukrainer würden getötet, mehr als 1,5 Millionen Zivilisten vertrieben, mehrere hundert Menschen würden als Flüchtlinge in andere Länder fliehen und die Zerstörung der Infrastruktur habe maßgebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft. Er erinnert ferner an die illegale Besetzung und Annexion der Krim durch Russland und bedauert die Verstöße gegen das Minsker Abkommen durch Russland und die von Russland unterstützten Gruppen. Er betont, dass das Ziel der EntschlieÙung darin bestehe, die Wahrheit zu sagen und Russlands Rückzug aus der Ukraine voranzutreiben, und ruft seine Kollegen auf, die EntschlieÙung zu unterstützen.

David DARCHIASHVILI aus der georgischen Delegation fordert die Versammlung ebenfalls auf, die EntschlieÙung zu unterstützen, und meint, sie stelle eine Gelegenheit für die Parlamentarische Versammlung Euronest dar, geschlossen vorzugehen. Auch wenn die Versammlung aufgrund klarer Differenzen bei der außenpolitischen Ausrichtung zuweilen Schwierigkeiten habe, zu einem Konsens zu finden, würden die Angriffe in der Ukraine derzeit das vielleicht größte Sicherheitsproblem in Europa darstellen und es müssten Maßnahmen ergriffen werden. Wenn die Ukraine sich selbst überlassen werde, sei es möglich, dass die Sicherheitsarchitektur der Ukraine und die Inhalte der Helsinki-Abkommen vollkommen untergraben werden; mit internationalen Bemühungen sei man jedoch noch immer in der Lage, das Land zu unterstützen. Er bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass dies verhindert werden könnte.

Sandra KALNIETE aus dem Europäischen Parlament erklärt, dass Solidarität mit der Ukraine bei ihrem Widerstand gegen die Angriffe von größter Bedeutung für die Existenz der Östlichen Partnerschaft sei. Sie erklärt, wie der Widerstand gegen die Angriffe die demokratische Regierung und die Modernisierungsreformen gefördert, die ukrainischen politischen Minderheitengruppen konsolidiert und eine echte politische Nation geschaffen hätten. Sie betont, dass Euronest durch einen Zusammenschluss zur Unterstützung der grundlegenden Prinzipien der friedlichen Ordnung in Europa ein starkes Signal aussenden würde. Herr KRULKO aus der Ukraine erinnert an die Verstöße gegen das Minsker Abkommen seitens der Russische Föderation und Terroristen. Er verweist auf die Rede von Präsident Putin, in der er gesagt habe, dass Russland bereit sei, in Zusammenhang mit der Situation auf der Krim Kernwaffen einzusetzen. Herr KRULKO vertritt die Auffassung, dass die Vergabe von intelligenten Waffen an die Ukraine die beste Möglichkeit wäre, die

russischen Angriffe zu stoppen und den Frieden in der Ukraine wiederherzustellen.

Andrej PLENKOVIĆ aus dem Europäischen Parlament betont, dass die Ukraine klare politische Unterstützung und Hilfe hinsichtlich ihrer territorialen Integrität erhalten sollte. Er verweist auf die starke Verurteilung der illegalen Annexion der Krim in der Entschließung und merkt an, dass alle dazu beitragen sollten, dass die Ukraine auch das Donezbecken wieder zu ihrem Besitz zählen könne. Er fügt hinzu, dass die Entschließung politische, rechtliche und wirtschaftliche Reformen in der Ukraine lenken sowie zu ihrer Dezentralisierung und ihrem einheitlichen Status beitragen werde. Der Verlust der ukrainischen Einheit sei der größte Schaden, den die Instabilitäts- und Annexionspolitik Putins anrichte.

Herr DOLIDZE, Leiter der georgischen Delegation, wirft ein, dass das ukrainische Problem ein Problem für die europäische Sicherheit insgesamt darstelle. Er erwähnt, dass die Angriffe vor mehr als einem Jahr begonnen hätten. Er gibt an, dass die georgische Delegation das Dokument in vollem Umfang unterstütze, und ruft die anderen Delegationen dazu auf, dasselbe zu tun.

Herr FLECKENSTEIN aus dem Europäischen Parlament hebt hervor, dass die Annexion der Krim und der andauernde Krieg in der Ukraine gegen das Völkerrecht verstoßen würden. Er erklärt, dass es beim Minsker Abkommen nicht nur um einen Waffenstillstand gehe, sondern auch um den Rückzug schwerer Waffen sowie russischer und ausländischer Soldaten aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet. Er merkt an, dass diese Soldaten nichts im Land zu suchen hätten, egal für welche Seite sie kämpfen würden. Er begrüßt die Tatsache, dass sich die EU mit der humanitären Situation befasse, unterstreicht jedoch, dass trotz mehrerer Vorschläge nur sehr wenige Fortschritte erzielt worden seien. Er betont zudem, dass die humanitäre Situation der Flüchtlinge unverzüglich unterstützt werden müsse. Wenn eine militärische Lösung ausgeschlossen werde, sollten die Sanktionen erhöht werden. Er erklärt abschließend, dass es in Russlands eigenem Interesse liegen müsse, etwas zu unternehmen.

Herr ZAKARYAN, Leiter der armenischen Delegation, ruft in Erinnerung, dass die Russische Föderation ein strategischer Partner für Armenien sei und dass derzeit 2,5 Millionen Armenier in Russland leben würden. Auch die Ukraine sei ein Freund und Partner für Armenien; es würden 500 000 Armenier dort leben. Er bringt seine Besorgnis über die in der Ukraine stattfindenden Ereignisse angesichts dieses heiklen Themas zum Ausdruck. Es müsse ein offener Dialog stattfinden, um durch Verhandlungen auf der Grundlage der UN-Charta zum Völkerrecht und, im Falle der Ukraine, der Minsker Abkommen, eine Lösung zu finden.

Frau MOODY aus dem Europäischen Parlament hebt zwei Punkte hervor, die bereits von ihren Kollegen angesprochen wurden: die praktische Hilfestellung und die Unterstützung von ukrainischen Reformen.

Kazimierz UJAZDOWSKI aus dem Europäischen Parlament unterstützt die Entschließung in vollem Umfang und erklärt, dass Parlamente im Vergleich zu Regierungen über mehr Spielraum verfügen würden, um über strittige Methoden zu sprechen. Er merkt an, dass es ihre Pflicht sein, dies zu tun, da es um die Substanz und den Kern der europäischen Solidarität gehe. Er betont, dass sie sich mit der bedeutenden Rolle Russlands in Europa befassen würden und sich angesichts des jüngsten Jahrestags der Konferenz von Jalta dessen bewusst sein sollten. Er wirft ein, dass der Einsatz in der Ukraine gegen die europäische Solidarität gerichtet sei, und ruft zum Protest dagegen auf.

Herr CZARNECKI aus dem Europäischen Parlament erklärt, dass er die EntschlieÙung unterstützen werde, da sie nicht nur über die Ukraine, sondern auch über die Interessen seines und anderer europäischen Länder sprechen würden. Er erinnert die Versammlung daran, dass der polnische Präsident, Lech Kaczyński, zum Zeitpunkt der russischen Angriffe gegen Georgien im Jahr 2008 bei der Demonstration in Tiflis gesagt habe, dass sich die Situation in Georgien in der Ukraine und in angrenzenden Staaten, darunter Polen, wiederholen könne. Er bedauert, Herrn Kaczyński Recht geben zu müssen. Er hebt hervor, dass der Krieg in der Ukraine auch auf sprachlicher Ebene stattfinde. Er erinnert daran, dass es sich nicht um einen Konflikt, sondern um einen Krieg handele, bei dem Russland gegen die Ukraine kämpfe.

Dumitru DIACOV aus der Republik Moldau bringt seine Solidarität mit der Ukraine zum Ausdruck. Er hoffe, internationale Solidarität zu sehen, die nicht nur zur Beilegung des ukrainischen Konflikts, sondern auch zur Beilegung aller anderen Konflikte auf dem Hoheitsgebiet der ehemaligen Sowjetunion führen werde. Da er zurück im eigenen Land keine Schwierigkeiten für sich selbst verursachen wolle und da seine Delegation die EntschlieÙung nicht befürworte, werde er sich bei der Abstimmung enthalten.

Norica NICOLAI aus dem Europäischen Parlament merkt an, dass es bei der EntschlieÙung um das Verständnis von Solidarität, die Achtung von Menschen und die Anerkennung des Dialogs gehe. Sie ruft ihre Kollegen dazu auf, realistisch zu sein, und gibt an, dass sie das Minsker Abkommen für erfolglos halte, da es die Krim nicht erwähne. Sie hofft, dass dies nicht zu der Versuchung, weitere Angriffe zu unternehmen, führen werde. Frieden und Dialog seien die besten Methoden, diese Konflikte zu lösen. Sie ist außerdem der Ansicht, dass die ukrainischen Behörden die Kontrolle über ihre Grenzen wieder erlangen sollten und ein Vertrauensaufbau erforderlich sei, da eine Versöhnung zwischen der ukrainischen und russischen Bevölkerung, die in der Donezbecken-Region lebe, herbeigeführt werden müsse. Sie erklärt, dass es sich hierbei um ein Problem handele, das nicht nur die Ukraine, sondern auch die Bevölkerung der Europäischen Union angehe, insbesondere jene EU-Bürger, die an den Grenzen leben.

Georgi PIRINSKI aus dem Europäischen Parlament gibt an, dass der belarussische Präsident derzeit versuche, für eine friedliche Lösung zu werben. Er ist der Auffassung, dass es nur eine friedliche Lösung für den Konflikt gebe und diese den Rückzug schwerer Waffen und die Einstellung provokativer Handlungen beinhalten sollte. Er betont, dass jedem europäischen Land nur bei Verhandlungen tatsächlich Sicherheit garantiert werde. Die Menschen sollten seiner Ansicht nach die Möglichkeit haben, sich frei und ruhig über ihre Präferenzen, die gewünschte Regierungsform und das bevorzugte System zu äußern. Er werde die EntschlieÙung daher nicht unterstützen.

## **8. Erläuterung von Herrn ZAKARYAN, Leiter der armenischen Delegation, im Namen des Präsidiums der Parlamentarischen Versammlung Euronest, zum Entwurf eines Dringlichkeitsantrags auf eine EntschlieÙung über den 100. Jahrestag des Völkermords an den Armeniern**

*Frau HAUTALA erteilt Herrn ZAKARYAN das Wort zur Vorstellung der nächsten EntschlieÙung.*

Herr ZAKARYAN, Leiter der armenischen Delegation, beschreibt als Hauptziel der EntschlieÙung die Verurteilung und Verhütung von Verbrechen gegen europäische Werte, gegen Menschenrechte und gegen die Menschlichkeit. Wie er betont, sollte die Türkei als

Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches einen Strich unter den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts ziehen und auf fruchtlose Versuche, ihre Geschichte zu verändern, verzichten. Der 100. Jahrestag des Völkermords an den Armeniern sei kein Endpunkt gewesen; er stelle eine Wiederaufnahme des Kampfes um Anerkennung und Verurteilung bisheriger Völkermorde und um die Verhütung weiterer Völkermorde dar. Der Völkermord an den Armeniern, der Holocaust, die Völkermorde an den Assyriern, Griechen und anderen Bevölkerungsgruppen Kleinasiens, ebenso die Völkermorde in Ruanda, Kambodscha und Darfur müssten von der zivilisierten Menschheit verurteilt werden. Er hebt hervor, die Annahme der vorgeschlagenen Entschliebung sei ein Beitrag zur Anerkennung und Verurteilung von Völkermordverbrechen. Die Geschichte habe bewiesen, dass Solidarität der Garant für den Sieg und die Wiederherstellung von Gerechtigkeit sei.

Frau KALNIETE aus dem Europäischen Parlament kündigt an, das Europäische Parlament werde diese Entschliebung zum Völkermord an den Armeniern uneingeschränkt unterstützen, schließlich habe es in den vergangenen 100 Jahren immer wieder Völkermorde gegeben, in Kambodscha, Ruanda, Srebrenica, in der Ukraine (Holodomor) und anderswo.

Ihor ALEKSIEIEV gibt an, die Ukraine und Armenien hätten zwar freundschaftliche Beziehungen entwickelt, die Standpunkte der Delegationen gingen aber in zwei Fragen auseinander. Er bedauert, dass die armenische Delegation nicht geschlossen über die Erklärung zur russischen Aggression in der Ukraine abgestimmt und Armenien die Anerkennung des Völkermords im Jahr 1932, dem 7 Millionen Ukrainer zum Opfer fielen, nicht unterstützt habe.

Herr FLECKENSTEIN aus dem Europäischen Parlament bedauert, dass keine türkischen Gäste anwesend seien. Als Deutscher hebt er hervor, eine gute Zukunft sei ohne eine offene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nicht möglich. Die Verleugnung der Geschichte führe zur Wiederholung des Völkermords; er legt seinen türkischen Freunden daher nahe, sich ihnen anzuschließen, und bietet dabei freundschaftliche Unterstützung an.

Herr UJAZDOWSKI spricht sich für eine Annahme der Entschliebung aus, da es ihre Pflicht sei, den Opfern Respekt zu zollen und Völkermord zu verurteilen. Es müssten die gleichen Maßstäbe angelegt werden wie im Falle der russischen und deutschen Verbrechen in Polen. Solche Texte könnten nur in Einmütigkeit und ohne kulturelle Verhandlungen und Transaktionen angenommen werden. Er ruft danach dazu auf, die Entschliebung einstimmig zu billigen.

Frau ŽDANOKA unterstützt die Entschliebung uneingeschränkt. Sie betont, die Armenier wären vor hundert Jahren eindeutig einem Völkermord zum Opfer gefallen, das sei in einer Konvention der Vereinten Nationen entsprechend festgestellt worden.

## **9. Annahme der Entschliebungsentwürfe aus den Berichten der Ausschüsse und der vom Präsidium eingereichten Dringlichkeitsanträge auf Entschliebung gemäß ex-Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe b und ex-Artikel 9 Absatz 3 der Geschäftsordnung, über die abschließend diskutiert wird**

Der Ko-Vorsitzende weist die Versammlung darauf hin, dass sie über sechs Entwürfe abzustimmen habe. Er erinnert daran, dass die geltende Regel für Abstimmungen in Artikel 16 Absatz 5 festgelegt sei und für Beschlüsse der Parlamentarischen Versammlung Euronest eine einfache Mehrheit der an der Abstimmung beteiligten Mitglieder ausreiche. Er

erklärt, die EVP habe sechs von sieben Änderungsanträgen zum Bericht zur Energiesicherheit zurückgezogen und halte nur an Änderungsantrag Nr. 4 fest. Er bittet alle, zur Abstimmung bereitzustehen.

Der Bericht des Ausschusses für politische Angelegenheiten wird ohne Enthaltungen und Gegenstimmen angenommen. Der Bericht des Wirtschaftsausschusses wird mit 47 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Ein Änderungsantrag wird mit 33 Stimmen bei 1 Gegenstimme und 8 Enthaltungen angenommen. Der Bericht des Ausschusses für Energiefragen wird mit 45 Stimmen bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen angenommen. Der Änderungsantrag Nr. 4 wird mit 32 Stimmen bei 12 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen. Der Bericht des Ausschusses für soziale Angelegenheiten schließlich wird mit 47 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

#### **10. Austausch von Standpunkten zur Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (östliche Dimension) und zum bevorstehenden Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Riga**

*Frau HAUTALA erklärt, nach der Annahme der Berichte sei der Entwurf einer Dringlichkeitsentschließung zur russischen Militärangriff gegen die Ukraine und zur dringenden Notwendigkeit einer friedlichen Beilegung des Konfliktes anzunehmen. Er wird zur Abstimmung gestellt und mit 38 Stimmen bei 9 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen.*

Die letzte Entschließung ohne Änderungen ist der gemeinsame Entschließungsantrag zum 100. Jahrestag des Völkermordes an den Armeniern. Sie bittet erneut alle Anwesenden, die Entschließung zu unterstützen, und eröffnet die Abstimmung. Der Bericht wird mit 33 Stimmen bei 4 Gegenstimmen und ohne Enthaltung angenommen.

**Die Sitzung wird um 18.30 Uhr vertagt;** das Arbeitsprogramm soll am nächsten Tag fortgesetzt werden.

\*\*\*

**Die Sitzung wird am Mittwoch, den 18. März 2015, um 9.00 Uhr wiederaufgenommen.**

*Frau HAUTALA erteilt dem EU-Kommissar Johannes HAHN das Wort.*

Johannes HAHN, EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, hebt das Ziel der ENP hervor: die Schaffung neuer Partnerschaften auf der Grundlage von gemeinsamen Werten, Stabilität und Wohlstand. Er weist auf die Herausforderungen hin, vor denen einige Länder der Östlichen Partnerschaft stünden, beginnend mit der Situation in Georgien bis hin zur Ukraine.

Die derzeitige Lage im Süden und in Syrien habe den Nahost-Friedensprozess ins Stocken gebracht, die ENP aber könne die Entwicklung in diesem Gebiet dennoch fördern. Das Konsultationspapier bilde in den nächsten drei bis vier Monaten die Grundlage für das Feedback aller Interessenträger.

In den verschiedenen gemeinsamen Sitzungen seines Büros und ausländischer Partner im Laufe dieses Jahres stünden mehrere Fragen zur Diskussion.

- Man müsse konstruktiv mit den Meinungsverschiedenheiten der Partner umgehen. Einige Partner, unter anderem die Ukraine, Georgien und Moldau, würden eine engere Anbindung an die EU anstreben. Er erinnert daran, dass die Ukraine einige wichtige Schritte zur Einleitung von Reformen unternommen habe, jedoch Handlungsbedarf in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Bekämpfung von Korruption, öffentliche Verwaltung, wirtschaftliche Entwicklung und Verfassungsreformen bestehe.
- Georgien und Moldau sollten ihr Hauptaugenmerk darauf legen, ihre Assoziierungsabkommen unter Einbeziehung und Konsultation der relevanten Interessenträger umzusetzen. Insbesondere in Moldau seien Reformen auf den Gebieten Justiz und Korruptionsbekämpfung, Finanzen, Medien und öffentliche Verwaltung erforderlich.
- Er hoffe auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Armenien und Aserbaidschan. Er sei bereit, Armenien in den Bereichen verantwortungsvolle Regierungsführung, Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung, Reform der Umsetzung der Mobilitätspartnerschaft, Visaerleichterung und bestehende Rückübernahmeabkommen in den östlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union weiter zu unterstützen. Man werde auch die Förderung der Zivilgesellschaft in Armenien fortsetzen. Hinsichtlich der bilateralen Beziehungen mit Aserbaidschan stellt er fest, dass Interessen und Werte untrennbar miteinander verbunden sein sollten. Er sehe große Chancen in einer Erneuerung der bilateralen Beziehungen auf der Grundlage eines neuen umfassenden und rechtlich bindenden Übereinkommens zur Regelung von Fragen des Handels, der Menschenrechte und der Zusammenarbeit im Bereich Energie. Er würdigt den ausgewogenen Standpunkt von Belarus in der Ukrainefrage und gibt an, die Europäische Union werde diese positiven Signale aufgreifen. Er hoffe, dass sich Belarus eines Tages Euronest anschließen könne.

Er hebt das eigenverantwortliche Mitwirken der ENP-Länder im Rahmen der Partnerschaften hervor, in denen politische Maßnahmen nicht als Vorgaben der Union wahrgenommen würden. Hier könne eine tragfähige Basis in wesentlichen Bereichen wie wirtschaftliche Entwicklung, Energie, Konnektivität, Migration, Mobilität, Sicherheit und Grundlagen des Regierens geschaffen werden. In Bezug auf die Ukraine habe die EU ein breites Spektrum von Maßnahmen eingeleitet, um auf die Bedürfnisse des Landes zu reagieren. So habe die EU ein 355 Millionen EUR schweres Programm zum Staatsaufbau umgesetzt, mit dem die ukrainische Regierung bei der Vorbereitung ihrer Reformen unterstützt werden solle. Insgesamt habe die Kommission ihren Beitrag zur Förderung der Ukraine auf 32,5 Millionen EUR aus dem Gesamthaushaltsplan der EU ausgeweitet. Geplant sei auch eine Aufstockung der technischen Hilfe für politische Prozesse im Zusammenhang mit dem Minsker Abkommen.

Herr KUKAN, Berichterstatter des Europäischen Parlaments zur Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, gibt an, sein Bericht befasse sich schwerpunktmäßig mit dem Konflikt in der Ukraine. Er erinnert daran, dass die ENP den Aufbau eines qualitativ besseren institutionellen Rahmens für die Beziehungen der EU mit ihren Nachbarn ermöglicht habe, unter anderem im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und einer solideren finanziellen Unterstützung der Demokratisierung, der politischen Stabilität und des Wohlstands. Zugleich habe man höhere Erwartungen an die ENP gehabt. Er betont, dass die EU hinsichtlich der Russland-Ukraine-Krise die politischen Dimensionen der ENP unterschätzt habe. Die Krise habe die Grenzen der Politik im Sinne einer technokratischen Regierungsführung deutlich gemacht. Die EU brauche mehr Differenzierung, eine klarere

Ausrichtung und mehr Kooperation mit ihren Partnern. Ländern, die engere Beziehungen mit der EU anstreben, sollte die EU erkennbare Vorteile in Aussicht stellen, unter anderem eine mögliche Aufwertung der Östlichen Partnerschaft durch Ausweitung des Binnenmarkts und der Grundfreiheiten. Die EU sollte nicht-assoziierte Partnerländer wie Armenien, Aserbaidschan und Belarus einladen, sich stärker in sektorbezogenen Kooperationen nach dem Modell der ENP einzubringen.

Alexander MILINKEVICH, Vorsitzender der belarussischen Bewegung „Für Freiheit“, einer Vereinigung für Menschenrechte und Bildung, sagt, sie streben den Status einer vollwertigen belarussischen Delegation an. Sie fühlten sich umfassend dazu verpflichtet, für ein unabhängiges und demokratisches Belarus einzutreten; die Unabhängigkeit aber sei in Gefahr. Wie er anmerkt, sei es der Wunsch der Belarussen, nach Europa zurückzukehren. Seine Gruppe befürworte einen Dialog mit der EU, der mehr Demokratie und Freiheit in ihr Land bringen könne. Europa aber sollte umsichtig und geduldig sein, da sich das Land im Übergang befinde. Der belarussischen Bevölkerung sei bewusst, dass die Parlamentswahlen im kommenden Jahr und die diesjährigen Präsidentschaftswahlen große Herausforderungen darstellten; Provokationen mit seinen Nachbarn gelte es daher zu vermeiden. Die belarussische Gesellschaft und die oppositionellen Parteien, die mit sieben Organisationen vertreten seien, seien zu einem geeinten Vorgehen bereit; er hoffe, dass die Stimme der Zivilgesellschaft ebenfalls Gehör finde.

Herr ZAKARYAN, Leiter der armenischen Delegation, ist der Ansicht, die Partnerschaft sei in eine neue Phase getreten, wenn man die nicht sonderlich reichen, aber intensiven Erfahrungen der vergangenen fünf Jahre betrachtet. Alle sechs Länder seien in der Lage, ihre Pläne, Ziele und Interessen zu fokussieren und transparenter zu machen. Sie würden ihren Kurs der Zusammenschlüsse und sektoralen oder politischen Zusammenarbeit fortsetzen. Hinsichtlich der Werte hätten Armenien und die EU eine nahezu vollständige Übereinstimmung erreicht. Sie orientierten sich beim Aufbau demokratischer Institutionen an Europa. Er betont, Armenien versuche im Rahmen seiner Möglichkeiten und Ressourcen, eine Brückenfunktion zwischen der neu geschaffenen Eurasischen Wirtschaftsunion und dem europäischen Markt wahrzunehmen.

Herr PAET aus der Delegation des Europäischen Parlaments sagt, die Ukraine befinde sich im Krieg wegen ihres Wunsches, engere Verbindungen zu Europa aufzubauen. Ähnliche Konflikte machten sich auch in Partnerländern wie Georgien und Moldau bemerkbar. Alle Länder der Östlichen Partnerschaft seien nach wie in den Bereichen Energie und Infrastruktur stark von Russland abhängig, daher müsse die EU den größeren Zusammenhang in den Blick nehmen, um die Freiheit der Entscheidungsfindung in allen Partnerländern zu stärken.

Herr POGHOSYAN aus der armenischen Delegation hebt hervor, im Zentrum der Nachbarschaftspolitik stünden sicherheitspolitische Fragen, die aus europäischen Strategien hervorgingen. Im Jahr 2006 sei die politische Strategie um die östliche und südliche Dimension ausgeweitet worden, ohne jedoch Sicherheit und Verteidigung entsprechend zu stärken. Er hebt hervor, dass Armenien möglicherweise versäumt habe, angemessen mit dem Druck umzugehen, dass jedoch die armenische Seite in ihren Interaktionen und auch ihre Partnerländer ihre Anliegen weiterhin verfolgt hätten. Sie begrüßten beide Strategien sehr. Er betont, es sei nicht allein Armeniens Verschulden und nicht fair, Armenien für alles verantwortlich zu machen.

Frau NICOLAI aus der Delegation des Europäischen Parlaments hebt hervor, jedes Land

folge seinem eigenen Ansatz; das müsse auch mit Blick auf die Nachbarschaftspolitik berücksichtigt werden. In den Anfangszeiten der Nachbarschaftspolitik sei die Welt einfach, vorhersehbar und stabil gewesen. Sie erinnert daran, dass die Krise 2008 eingesetzt habe und heute noch anhalte. Erstmals sei die ENP im Jahr 2011 überprüft worden; man habe aber nicht viel vom EU-Ansatz für Armenien gelernt, da das Gebiet weder stabil, noch wohlhabend oder sicher war. Nach der Ukrainekrise sei die zweite Überprüfung vorgenommen worden. Sie sagt, die EU gehe wohl in einer bevormundenden und vermittelnden Haltung davon aus, dass Länder zwischen den beiden Blöcken Russland und EU verharren. Jedes Land habe einen eigenen Ansatz, seine Geschichte und Kultur. Sie glaubt, sie könnten in Bezug auf diese unterschiedlichen Herangehensweisen Erfolg haben.

Herr TARASYUK, Leiter der ukrainischen Delegation, sagt, die EU und die Kommission bewiesen Schwäche im Zusammenhang mit dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine; er verweist dabei auf den Beschluss, die Umsetzung des Freihandelsabkommens zu verschieben. Ein anderes Beispiel sei Armenien, in diesem Fall habe die Politik des Europäischen Parlaments ebenfalls nicht überzeugt.

Tamás MESZERICIS aus der Delegation des Europäischen Parlaments hebt hervor, die EU solle sich, wo immer dies möglich sei, auf eine regionale Zusammenarbeit in den Bereichen Infrastruktur, Umweltschutz und Klima konzentrieren. Zwar bräuchten Länder mit Assoziierungsabkommen maßgeschneiderte Ansätze, ihre Möglichkeiten, die EU-Instrumente zu nutzen, hingen jedoch teilweise von deren Verwaltungskapazitäten ab, was nicht nur eine Frage des politischen Willens, sondern auch des Know-hows sei. Er empfiehlt daher zu überdenken, ob Programme zur technischen Hilfe auf assoziierte Länder ausgeweitet werden können.

Naira ZOHRABYAN aus der armenischen Delegation stimmt zu, dass der südliche Erdgaskorridor Stabilität und Wohlstand nach Aserbaidschan bringen werde und Demokratie und Menschenrechte weiterhin ein wichtiges Anliegen der EU seien. Sie bedauert, dass der Kommissar nichts zur Lage in Aserbaidschan angemerkt habe, insbesondere nichts über die Tausenden von derzeit inhaftierten politischen Aktivisten und Journalisten und die trotz der Aufrufe und Aufforderungen der EU fortgesetzte Weigerung der aserbaidischen Behörden, die europäischen Werte zu schützen. Sie fragt, ob diese Probleme und die offensichtlichen diktatorischen Bestrebungen des aserbaidischen Präsidenten ernst genommen würden.

Frau HAUTALA, Ko-Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung Euronest, erinnert daran, dass in einigen Beschlüssen der Länder der Östlichen Partnerschaft die Einbeziehung Russlands offensichtlich war. Sie ergänzt, dass diese Entscheidungen sehr unterschiedlich ausgefallen seien und in den meisten Fällen verheerende Folgen gezeitigt hätten. In Bezug auf den Handel sagt sie, die Länder könnten ihren Geschäften wie gewohnt nachgehen; es bestehe aber dringender Bedarf an einer Überprüfung und Neubelebung der Östlichen Partnerschaft durch Ausweitung der Weitreichenden und Umfassenden Freihandelszone (DCFTA) und eine mögliche Zusammenarbeit mit Freihandelszonen der GUS, um Länder der Östlichen Partnerschaft stärker einzubinden. Sie merkt weiterhin an, dass die EU ihre Sanktionen gegen Russland wegen dessen aggressiver Strategien in der Ukraine nicht aufheben sollte.

Herr MINASYAN aus der armenischen Delegation betont die wichtige Rolle der Flexibilität im Rahmen der Zusammenarbeit. Die armenische Mitgliedschaft dürfe nicht als Gegenkraft wahrgenommen werden. Sie müssten zudem anerkennen, dass in Armenien zahlreiche

Reformen umgesetzt worden seien. Er hebt beispielhaft Reformen in den Bereichen Verfassung, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Justiz sowie der zentralen und kommunalen Regierung hervor. Angesichts seiner Überzeugung, dass Wirtschaftssanktionen niemals positive Effekte erzielen, betont er, dass Armenien ein gutes Modell für Demokratie und ein Vorbild für andere Mitgliedstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion werden könne.

Frau ŽDANOKA aus der Delegation des Europäischen Parlaments bemerkt, der Kommissar sei nicht weit genug gegangen in seiner Feststellung, die Arbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft bedürfe der Differenzierung. Die Länder der Östlichen Partnerschaft stünden vor einer Entscheidung zugunsten der EU in Form von Assoziierungsabkommen oder aber zugunsten der Eurasischen Wirtschaftsunion. Die Behauptung, Belarus habe keine Alternative zur EU, sei falsch angesichts der Tatsache, dass eine Mitgliedschaft in der Eurasischen Union ebenfalls eine Option wäre. Sie betont, es gebe für die weitere Entwicklung drei Möglichkeiten: Aufrechterhaltung des Status quo, Ermöglichung einer Mitgliedschaft der Länder in beiden Unionen und Förderung einer vertieften Partnerschaft zwischen der EU und der Eurasischen Union. Ihre Partei trete für die dritte Option ein.

Herr DOLIDZE, Leiter der georgischen Delegation, stellt Fragen bezüglich der Perspektiven einer Abschaffung der Visapflicht nach dem Gipfeltreffen von Riga, der Sichtweisen der EU zur Differenzierung und der Vorbereitung einer Mitgliedschaft der Länder der Östlichen Partnerschaft in der Europäischen Energiegemeinschaft.

Frau KALNIETE drückt ihre Zufriedenheit darüber aus, dass Belarus in die Nachbarschaftsstrategie eingebunden wurde und ein Dialog über die Stärkung der Zivilgesellschaft, von Berufsverbänden und Jugendorganisationen geführt werde. Die EU müsse jedoch auch an ihren Grundsätzen festhalten, insbesondere am Eintreten für die Freiheit und volle Wahlbeteiligung politischer Gefangener und am Einsatz für freie und faire Wahlen. Sie freue sich, die Führer der belarussischen Opposition zu begrüßen, denn diese kämpften mit Nachdruck für Demokratie und Menschenrechte. Damit riskierten sie ihre Verfolgung durch den Präsidenten. Die belarussische Opposition sollte sich daher hinter einem gemeinsamen Oppositionskandidaten vereinen und ein Programm vorlegen, um den Niedergang der Wirtschaft zu stoppen.

Herr DARCHIASHVILI, Mitglied der georgischen Delegation, erinnert daran, dass die Überprüfung der ENP einer der grundlegenden Vorgehensweisen in der Außenpolitik der EU sei. Die Grundrechte könnten eine Brücke schlagen zwischen den europäischen Perspektiven und der Nachbarschaftspolitik. Um erfolgreich zu sein, sei Unterstützung auf drei Gebieten erforderlich: Visa-Erleichterung/-Liberalisierung; Maßnahmen zur Eindämmung des russischen Machtstrebens und schließlich Aufklärung von Regierungen über die Bedeutung politischer Verfolgung, die nicht nur in Belarus, sondern auch in Georgien stattgefunden hätte.

Herr ZDROJEWSKI aus der Delegation des Europäischen Parlaments spricht über umfassende Individualisierung, mehr Flexibilität, realistische Perspektiven, die Bestrebung, keine Zeit zu verlieren, Kommunikationsprobleme, spezifische Bestimmungen für junge Menschen und besondere Erwartungen.

Herr SHAHGELDYAN aus der armenischen Delegation spricht über die reale Möglichkeit einer Gewährleistung von mehr Flexibilität und Pragmatismus bei der Durchführung künftiger Programme. Bezüglich Aserbaidschan merkt er an, wenn die Ansätze grundsätzlich

allgemeiner Natur seien, müssten in diesem Land tatsächlich einige grundsätzliche Ansätze verankert werden, da sich das Problem der politischen Gefangenen in diesem Land nämlich in verschärfter Form stelle. Er erwähnt auch, man müsse sich auf die Zusammenarbeit und Reformen konzentrieren. In Armenien weise die Zusammenarbeit mit Europa und innerhalb des Rahmens der Östlichen Partnerschaft auf die Bedeutung der Reformen des politischen Systems hin. Das stelle für Armenien einen Wettbewerbsvorteil dar. Wahl- und Justizreformen sollten ebenfalls prioritär behandelt werden.

Herr PIRINSKI aus der Delegation des Europäischen Parlaments sagt, sämtliche während der Sitzung vorgebrachte Bedenken könnten nur aus dem Weg geräumt werden, wenn die Sicherheitsarchitektur in Europa überdacht würde. Er betont, dies sei eine zentrale Herausforderung für die europäische Außenpolitik.

Valentinas MAZURONIS aus der Delegation des Europäischen Parlaments betont, die Östliche Partnerschaft sei noch jung, habe aber in den fünf Jahren ihres Bestehens viel erreicht, trotz der imperialistischen Bestrebungen Russlands und des großen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Drucks auf die Länder der Östlichen Partnerschaft. Er sagt, ein klarer Weg zur EU-Mitgliedschaft sei für die Kandidatenländer ein starker Anreiz für Reformen und politische Transformation gewesen. Wenn irgendein Partnerland einen Beitritt zur EU anstrebe und die Kopenhagener Kriterien erfülle, solle das auf höchster Ebene diskutiert werden.

Ryszard CZARNECKI, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, dankt dem Kommissar für die neue Politik gegenüber Belarus. Er bemerkt, sie würden Belarus nicht in die Arme Russlands treiben und Herr Milinkevich stimme mit ihm darin überein, dass das Angebot einer engeren Kooperation an Lukashenko und Minsk helfen würde, die in Belarus anstehenden Aufgaben zu bewältigen. In Bezug auf Armenien zeigt er Verständnis für die Unterschiede zwischen der geopolitischen Situation dieses Landes und Belarus, stellt aber eine langfristige Perspektive in den Vordergrund. Er erinnert an die Notwendigkeit, Armenien spezifische Vereinbarungen vorzuschlagen, die nicht an politische Maßnahmen geknüpft seien. Er betont, ein spezielles Wirtschaftsübereinkommen müsse vorgeschlagen werden, um Armenien an die EU heranzuführen. Die EU könne keinen klaren Weg zur Mitgliedschaft vorzeichnen, die Abschaffung der Visapflicht jedoch würde ein positives Signal an die politischen Eliten senden.

Herr HAHN, EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, sagt, auch wenn die Ankündigung zur Ukraine und Armenien von einigen Beobachtern als Schwäche gedeutet würde, erkenne er in den Verhandlungen Stärke. Er betont, im Vergleich zu Russland zeige sich die EU flexibel, was nicht von Schwäche zeuge. Er erinnert daran, dass Armenien sich im letzten Moment gegen die Unterzeichnung des Abkommens entschieden habe; die EU sei gezwungen gewesen, diese Entscheidung zu akzeptieren, sei jedoch auch bereit gewesen, mit Armenien zusammenzuarbeiten und Veränderungen im Land zu unterstützen. Das sei auch eine Botschaft an Russland gewesen. Bei näherem Blick auf die Struktur der russischen Wirtschaft würde es sich bezahlt machen, wenn die politische Struktur im Land stabil wäre und die Politiker, angefangen vom Präsidenten, kein Problem mit einer sehr guten Handschlagqualität hätten. Er glaube an eine friedliche Zusammenarbeit, es gebe aber Grenzen im Zusammenhang mit internationalen Verpflichtungen. Die territoriale Souveränität des Landes markiere eine rote Linie, wenn diese überschritten würde, müsse man reagieren.

Er bemerkt, dass die russischen Strategien der vergangenen zwei Jahre von dem Bestreben einer Wiederherstellung des alten Machtimperiums oder von ernsthaften Sorgen um die eigene Sicherheit getragen gewesen seien. Wie auch immer seine Motivation gelagert sei, habe der empfundene Mangel an rationalen Beweggründen für das russische Vorgehen die Einigung auf eine gemeinsame Basis erschwert. Politiker sollten sich jedoch auf eine friedliche Lösung verständigen, die internationale Verpflichtungen achte.

In Bezug auf das Gipfeltreffen in Riga betont Herr HAHN die bereits unternommenen Schritte, um die Beziehungen zu den Nachbarländern der EU zu verbessern. Insbesondere seien Programme, Konzepte und Strukturen sowie Assoziierungsabkommen und DCFTAs entwickelt worden, mit deren Umsetzung man bereits begonnen habe. Kapazitäts- und Wissensaufbau in den Verwaltungen seien von zentraler Bedeutung, sofern die Partnerländer dazu bereit seien.

Auf dem Gebiet der Energiesicherheit seien Maßnahmen ergriffen worden, um andere Erdgasquellen ausfindig zu machen und die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren. Ihre Position bei Waren und Dienstleistungen, die in einem Wert von über 300 Milliarden EUR ausgeführt worden seien, sei stark, sie verzeichneten aber ein Handelsdefizit aufgrund ihrer Abhängigkeit unter anderem von Öl- und Erdgaseinfuhren. Der Ölpreis sei gesunken, somit beliefen sich die Einfuhren auf jährlich etwa 400 Milliarden EUR. Das bedeute, dass täglich über 1 Milliarde EUR für den Import von Erdöl und Erdgas aufgewendet werden müsse, was eine ausgeprägte Abhängigkeit darstelle.

In der Ukraine liege die Energieverschwendung bei dem Zehnfachen des europäischen Durchschnitts, Verbesserungen auf diesem Gebiet würden den Bedarf an Erdgaseinfuhren deutlich senken. Er ruft dazu auf, sich eine Situation vorzustellen, in der die Ukraine kein Erdgas mehr importieren müsste. Das sei nur ein Beispiel und wenn Europa es schaffe, einen Prozent der Energiebarriere zu erfüllen, müsste 2,7 % weniger Erdgas eingeführt werden; das läge in ihrem gemeinsamen Interesse.

Was die Situation in Aserbaidschan anbelangt, betont Herr HAHN die den Menschen aller Altersgruppen in Europa offen stehende Möglichkeit der Selbstentfaltung und hebt die Notwendigkeit von Frieden und Wohlstand hervor.

Schließlich bemerkt er, sie seien bereit zu Verhandlungen mit Russland. Er ruft seine russischen Kollegen dazu auf, zuverlässiger zu handeln und wechselseitiges Vertrauen und Zuversicht an den Tag zu legen. Er äußert sich auch zu Visafragen und sagt, es bestehe ein großes Interesse, ihre Partner und Freunde in der Östlichen Nachbarschaft zu unterstützen.

#### **11. Debatte über Justiz: Überblick über den Umfang der finanziellen Hilfen der EU für diesen Bereich, die Fortschritte der Reformen und die Wirkungen der EU-Programme (Rede von Andrea FONTANA, Referatsleiter, GD NEAR C.1., Europäische Kommission)**

Andrea FONTANA sagt, die Justiz habe einen hohen politischen und wirtschaftlichen Wert für die EU. 200 Millionen EUR seien in verschiedenen Phasen der Umsetzung unterschiedlicher Programme in Aserbaidschan, Armenien, Georgien, der Ukraine und Moldau in das System der Justiz investiert worden, unter anderem in dessen Wirksamkeit und Effizienz, unabhängige Integrität, Transparenz und in die Reform des Strafvollzugs. Er ergänzt, Hilfen für den Haushalt seien bei allen diesen Schritten von zentraler Bedeutung

gewesen. Der Sachverstand der Mitgliedstaaten sei auch im Rahmen von Partnerschaften zwischen Verwaltungsstellen der EU und der Partnerländer genutzt worden, um ein umfassendes Programm für den Aufbau von Institutionen umzusetzen.

Die Zivilgesellschaft sei ebenfalls in die Beaufsichtigung und Kontrolle des Justizsystems einbezogen worden. Insbesondere hätten sie gemeinsam mit dem Europarat ein Partnerschaftsprojekt eingerichtet, um in dessen Rahmen das Know-how dieser Organisation bezüglich Standards und Kontrolle nutzen zu können. In dieser Partnerschaft sei für den Zeitraum 2014 bis 2017 die Justiz als Priorität für Aserbaidschan, Armenien und Georgien bestimmt worden. In Moldau stünde die Umsetzung justizbezogener Entscheidungen durch politische Reformen und Grenzüberwachung im Zentrum, während in der Ukraine Programme erst noch angenommen werden müssten. Fortschritte seien im Hinblick auf Effizienzstandards, Zugänglichkeit und Unabhängigkeit der Justiz erzielt worden, die Regierungen aber müssten die Reformen konsequent angehen und einen angemessenen politischen Willen an den Tag legen.

Kosma ZŁOTOWSKI aus dem Europäischen Parlament sagt, die Einbeziehung der Menschen sei ebenso wichtig wie Gesetze und Vorschriften. Wer mit dem alten Regime kooperiert habe, solle aus dem neuen System verbannt werden und auch keinen Zugang zu den Universitäten haben.

Herr POGHOSYAN aus der armenischen Delegation bedauert, dass es in den ehemals sowjetischen Ländern keine unabhängigen Justizsysteme gebe. Der Bildung müsse ein größeres Augenmerk gewidmet werden, da die Grundlagen der Rechtsrahmen nämlich von Experten geschaffen würden, die von dem alten System geprägt seien, unabhängig davon, ob es eine Soziologie der Richter gebe oder nicht. Er hebt die Probleme der Korruption im armenischen Bildungssystem hervor, die mit der Korruption in der Strafverfolgung zusammenhängen. Die gegenwärtig mit den Aufgaben des Justizwesens betrauten Personen seien jedoch nicht in der Lage, ihren politischen Willen zu Veränderungen zum Ausdruck zu bringen. Er hofft, dass dieses Problem künftig prioritär behandelt werde, und regt an, das Forschungszentrum und Reformen des Bildungssystems entschiedener zu fördern, so dass eine Generation unabhängiger Richter heranwachsen könne.

Frau HAUTALA, Ko-Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung Euronest, merkt an, dass es ein wachsendes Interesse an einer Zusammenarbeit mit dem Europarat und seinen Expertenteams und Ausschüssen gebe. Manche Länder jedoch würden den Teams keinen Zugang zu den Einrichtungen der Strafverfolgung gewähren, beispielsweise Aserbaidschan. Sie suchten derzeit Zugang zur Gerichtsbarkeit und rechtsstaatlichen Strukturen in dem von einem festgefahrenen Konflikt geprägten Gebiet.

Herr SHAHGELDYAN aus der armenischen Delegation betont die Notwendigkeit, ein unabhängiges Justizwesen aufzubauen, das unabhängig gegenüber der Exekutive und in vollem Umfang der Rechtsordnung unterworfen sei. Das sei insbesondere in Armenien wichtig.

Frau ZOHRABYAN aus der armenischen Delegation sagt, eine unabhängige Justiz sei für Armenien von großer Bedeutung, und weist auf den Zusammenhang zwischen den ernststen sozialen Problemen und der Korruption in der Justiz hin. Das Dokument müsse diesen Aspekt daher berücksichtigen.

Herr MINASYAN aus der armenischen Delegation sagt, Bergkarabach sei bereits einigen

europäischen Übereinkommen beigetreten. Er lenkt im Hinblick auf Einschränkungen der Menschenrechte die Aufmerksamkeit auf Länder mit Übergangswirtschaften. Er führt in diesem Zusammenhang auch das Thema gerichtlicher Strafen an. Derzeit trage der Strafvollzug nicht zu einer Reintegration der verurteilten Personen in die Gesellschaft bei.

Herr DARCHIASHVILI aus der georgischen Delegation erwähnt die Wichtigkeit der Festlegung europäischer Standards für die Justizverwaltung und rechtlicher Rahmenbedingungen, um die Unabhängigkeit von rechtswidrigem Druck von außen, etwa von Verwandten oder radikalen Gruppen, sicherzustellen. Solche Einflussnahmen blieben derzeit oft ungeahndet, das dürfe nicht außer Acht gelassen werden.

Herr DOLIDZE, Leiter der georgischen Delegation, gibt bekannt, dass sich eine Mission der OSZE in Georgien aufhalte. Er sagt, es lägen gute Bericht vor, betonte aber zugleich, es bestehe Handlungsbedarf.

*Das Wort wird Andrea FONTANA erteilt, der nun die Gelegenheit hat, die Fragen zu beantworten.*

Herr FONTANA, Referatsleiter, GD NEAR C.1. (Europäische Kommission), sagt, es seien Fortschritte bei der Änderung und Umsetzung von Rechtsvorschriften erzielt worden. Im Rahmen eines politischen Dialogs mit den Ländern seien Ziele bestimmt worden, für die sich die Regierungen einsetzen müssten. Bezüglich der Rechtsausbildung bestätigt er, es seien einige verbesserungswürdige Programme ausfindig gemacht worden. Er hebt auch die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft hervor, um deren Fähigkeit zur Beobachtung der Reformen auszubauen und ihren Dialog mit der Regierung zu fördern. Im Falle Georgiens habe ein Sondervertreter einen Aktionsplan zur Stärkung der Menschenrechte ausgearbeitet, bei dessen Umsetzung sie der Regierung zur Seite stünden.

## **12. Meinungs austausch und Annahme der Vorschläge zur Änderung der Geschäftsordnung der Parlamentarischen Versammlung und der ständigen Ausschüsse von Euronest**

Frau HAUTALA fasst die vier Bestandteile des Vorschlags zusammen: beim Aufrufen der Zahlen zur Berechnung der Spalten der Mitglieder die Gesamtzahl der Stimmen darstellen, um sich mit den Mehrheiten zu befassen, das Verfahren der getrennten Abstimmung im Plenum sowie in den Ausschüssen, die Vertretung von Mitgliedern in den Arbeitsgruppen mit Blick auf die erforderliche Zweidrittel-Mehrheiten in den ständigen Ausschüssen.

Der erste Änderungsantrag betreffe die Beschlussfassung im Präsidium. Der zweite Änderungsantrag betreffe die Einführung der getrennten Abstimmung. Der dritte betreffe die Möglichkeit der Entsendung von Ersatzmitgliedern der Arbeitsgruppen. Sie ergänzt, es seien auch Vorschläge zu den ständigen Ausschüssen eingegangen. Der erste betreffe das Verfahren der Berechnung der Zweidrittel-Mehrheiten bei Abstimmungen in den Ausschüssen. Der zweite betreffe die getrennte Abstimmung in den Ausschüssen.

## **13. Erläuterung eines Berichts und Austausch von Standpunkten über die Tätigkeiten von Arbeitsgruppen zu Belarus**

*Der Entwurf eines Beschlusses wird angenommen, es folgt die Behandlung von Punkt 13 der Tagesordnung. Frau HAUTALA erteilt den Ko-Vorsitzenden das Wort.*

Frau KOZŁOWSKA-RAJEWICZ aus der Delegation des Europäischen Parlaments äußert ihre Zufriedenheit darüber, dass das Thema Belarus aufgegriffen wurde, und hofft auf eine Ausweitung des Dialogs, um die lokalen und zentralen Behörden einzubinden. Sie spricht von der Notwendigkeit, ein Seminar nicht nur in Brüssel, sondern auch in anderen EU-Ländern zu organisieren. Im Rahmen der nächsten Sitzung möchte sie sich gern mit der Analyse des Wahlsystems befassen. In der Arbeitsgruppe zu Belarus plädiert sie für einen intensiveren Dialog zwischen den Ländern der Östlichen Partnerschaft mit ähnlichen geopolitischen Erfahrungen. Ihre beiden Prioritäten seien die Visaliberalisierung und der Bologna-Prozess.

Herr PIRINSKI aus der Delegation des Europäischen Parlaments sagt, der interne Dialog in Belarus zwischen den Oppositionsparteien und den Behörden müsse gestärkt werden. Die Maßnahmen müssten jedoch auf bereits geschlossenen Vereinbarungen gründen.

Herr ZAKARYAN, Leiter der armenischen Delegation, bemerkt, wenn es in Aserbaidschan Demokratie und ein demokratisches Parlament gebe, sei Belarus das Mutterland der Demokratie. Er ist zuversichtlich, dass die Beteiligung der belarussischen parlamentarischen Gruppe eine Bereicherung für Euronest darstelle.

Herr ZDROJEWSKI schlägt vor, dass die Arbeitsgruppe nach Minsk reist und direkte Kontakte mit den belarussischen Behörden aufbaut.

Frau KOZŁOWSKA-RAJEWICZ aus der Delegation des Europäischen Parlaments sagt, ein offizieller Besuch in Minsk sei nicht möglich, da das belarussische Parlament ihre Arbeitsgruppe nicht anerkenne und vice versa.

#### **14. Annahme des Arbeitsplans für das zweite Halbjahr 2015 und das erste Halbjahr 2016**

Herr TARASYUK stellt die Empfehlungen des Präsidiums vor. Die Sitzung im Jahr 2016 werde in Brüssel stattfinden, die Sitzung 2017 in Kiew. Der Entwurf des Kalenders der Aktivitäten wird gebilligt. Die Komponente der Östlichen Partnerschaft beschließt, dass Herr DOLIDZE die nächste Ko-Präsidentschaft bekleidet, obwohl die ukrainische Delegation ihn auch für den Ko-Vorsitz des Ausschusses für politische Angelegenheiten nominiert hat. Frau HAUTALA kündigt für den nächsten Tag ein Treffen mit der Zivilgesellschaft an und ruft zu reger Teilnahme auf. Sie bedankt sich beim Europäischen Parlament und der armenischen Delegation für deren wertvolle Teilnahme und die Organisation.

Die Sitzung wird um 17.00 Uhr geschlossen.

TEILNEHMERLISTE

**MITGLIEDER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS**

		<b>Bezeichnung</b>	<b>Land</b>	<b>Gruppe</b>
1	Ms	HAUTALA Heidi <i>Head of delegation, Co-President of the Euronest PA</i>	Finland	Greens
2	Mr	CZARNECKI Ryszard <i>Vice-President of the European Parliament</i>	Poland	ECR
3	Mr	CIRIO Alberto	Italy	EPP
4	Mr	ERIKSSON Peter	Sweden	Greens
5	Mr	FLECKENSTEIN Knut Wilhelm	Germany	S&D
6	Ms	GRAPINI Maria	Romania	S&D
7	Ms	KALNIETE Sandra	Latvia	EPP
8	Mr	KARIM Sajjad	United Kingdom	ECR
9	Mr	KARSKI Karol	Poland	ECR
10	Mr	KOVÁCS Béla	Hungary	NI
11	Ms	KOZŁOWSKA-RAJEWICZ Agnieszka	Poland	EPP
12	Mr	KUKAN Eduard <i>Committee on Foreign Affairs, Rapporteur</i>	Slovakia	EPP
13	Mr	MAZURONIS Valentinas	Lithuania	EFDD
14	Mr	MESZERICS Tamás	Hungary	Greens
15	Ms	MOODY Clare	United Kingdom	S&D
16	Ms	NICOLAI Norica	Romania	ALDE
17	Mr	PAET Urmas	Estonia	ALDE
18	Mr	PIRINSKI Georgi	Bulgaria	S&D
19	Mr	PLENKOVIĆ Andrej	Croatia	EPP
20	Mr	ŠTEFANEC Ivan	Slovakia	EPP
21	Mr	ŠTĚTINA Jaromír	Czech Republic	EPP
22	Ms	UJAZDOWSKI Kazimierz Michał	Poland	ECR
23	Ms	ŽDANOKA Tatjana	Latvia	Greens
24	Mr	ZDROJEWSKI Bogdan Andrzej	Poland	EPP
25	Mr	ZŁOTOWSKI Kosma	Poland	ECR

ABBREVIATIONS USED FOR POLITICAL GROUPS

<i>EPP</i>	<i>Group of the European People's Party (Christian Democrats)</i>
<i>S&amp;D</i>	<i>Group of the Progressive Alliance of Socialists and Democrats</i>
<i>ECR</i>	<i>European Conservatives and Reformists Group</i>
<i>ALDE</i>	<i>Group of the Alliance of Liberals and Democrats for Europe</i>
<i>GUE/NGL</i>	<i>Confederal Group of the European United Left - Nordic Green Left</i>
<i>Greens/EFA</i>	<i>Group of the Greens/European Free Alliance</i>
<i>EFDD</i>	<i>Europe of Freedom and Direct Democracy Group</i>
<i>NI</i>	<i>Non-attached members</i>

**MEMBERS OF THE NATIONAL ASSEMBLY  
OF THE REPUBLIC OF ARMENIA**

		<b>Name</b>	<b>Political Party</b>
1	Mr	ZAKARYAN Artak <i>Head of delegation, Vice-President of the Euronest PA</i>	"Republican" (RPA)
2	Ms	ATSHEMYAN Karine	"Republican" (RPA)
3	Mr	BAGRATYAN Hrant	"Armenian National Congress"
4	Mr	CHSHMARITIAN Karen	"Republican" (RPA)
5	Mr	ENFIAJYAN Vahe	"Prosperous Armenia"
6	Mr	MARUKYAN Edmon	NI
7	Ms	POSTANJYAN Zaruhi	"Heritage"
8	Mr	SAHAKYAN Hovhannes	"Republican" (RPA)
9	Mr	SHAHGELDYAN Mher	"Rule of Law"
10	Ms	ZOHRABYAN Naira	"Prosperous Armenia"
11	Mr	BADEYAN Manvel	"Republican" (RPA)
12	Mr	KOKOBELYAN Khachatur	NI
13	Mr	MELKUMYAN Mikayel	"Prosperous Armenia"
14	Ms	MURADYAN Ruzanna	"Republican" (RPA)
15	Mr	POGHOSYAN Tevan	"Heritage"
16	Ms	YESAYAN Margarit	"Republican" (RPA)
17	Mr	ZOURABIAN Levon	"Armenian National Congress"

**MEMBERS OF THE PARLIAMENT OF GEORGIA**

		<b>Name</b>	<b>Political Party</b>
1	Mr	DOLIDZE Victor <i>Head of delegation, Vice-President of the Euronest PA</i>	"Free Democrats"
2	Mr	AGULASHVILI Gigla	"Georgian Dream - Republicans"
3	Ms	BESELIA Eka	"Georgian Dream"
4	Mr	BUKIA Giga	"Georgian Dream - Conservatives"
5	Mr	DARCHIASHVILI David	"United National Movement"
6	Mr	JORJOLIANI Gia	"Georgian Dream"
7	Ms	MIROTADZE Ani	"Georgian Dream - National Forum"
8	Ms	TAKTAKISHVILI Chiora	"United National Movement"
9	Mr	ZHVANIA Giorgi	"Georgian Dream"

## MEMBERS OF THE PARLIAMENT OF THE REPUBLIC OF MOLDOVA

		<b>Name</b>	<b>Political Party</b>
1	Mr	DIACOV Dumitru	Democratic Party (PDM)

## MEMBERS OF THE VERKHOVNA RADA OF UKRAINE

		<b>Name</b>	<b>Political Party</b>
1	Mr	TARASYUK Borys <i>Head of delegation, Co-President of the Euronest PA</i>	All-Ukrainian Union "Batkivshchyna"
2	Mr	ALEKSIEIEV Serhii	"Petro Poroshenko Bloc"
3	Mr	BARVINENKO Vitaliy	Group "Renaissance"
4	MR	CHEKITA Hennadii	"Petro Poroshenko Bloc"
5	Mr	KODOLA Oleksandr	"People's Front"
6	Mr	KORCHYK Vitalii	"People's Front"
7	Mr	KRULKO Ivan	All-Ukrainian Union "Batkivshchyna"
8	Mr	KURYLO Vitalii	"Petro Poroshenko Bloc"
9	Ms	VESELOVA Natalia	"Samopomich" Union

## EUROPEAN COMMISSION

1	Mr	HAHN Johannes	Commissioner for European Neighbourhood Policy and Enlargement Negotiations
---	----	---------------	-----------------------------------------------------------------------------

**SECRETARIAT OF THE EUROPEAN PARLIAMENT**

**EUROPEAN PARLIAMENT DG EXTERNAL POLICIES**

1	Mr	STOKELJ	Ciril	Director, Directorate B - Regions
2	Ms	MAZZI ZISSIS	Sabina	Head of Unit - Eastern Partnership and Russia
3	Mr	MAISONNY	Yves	Administrator, Eastern Partnership and Russia
4	Mr	KAMARIS	Philippe	Administrator, Eastern Partnership and Russia
5	Ms	RAMET	Valerie	Administrator, Eastern Partnership and Russia
6	Mr	MINAIRE	Karl	Administrator, Committee on Foreign Affairs
7	Ms	UDINA	Marta	Administrator, Committee on Foreign Affairs
8	Mr	DE MICCO	Pasquale	Administrator, Policy department
9	Ms	MRAZIKOVA	Tatiana	Administrator, Committee on International Trade
10	Ms	CARPELAN	Caroline	Senior Assistant, Eastern Partnership and Russia
11	Ms	FOGARASI	Maria- Szidonia	Assistant, Eastern Partnership and Russia
12	Ms	TURANOVA	Beata	Assistant, Eastern Partnership and Russia
13	Ms	AZPIRI-LEJARDI	Nekane	Assistant, Asia, Australia and New Zealand Unit
15	Ms	MATEVA	Stefka	Assistant, Office of the Director General
16	Ms	CHAO	Viviane	Assistant, Eastern

				Partnership and Russia
17	Ms	MOROIANU	Simona	Assistant, Finances Unit, Events Organisation
18	Mr	WILSON	Tim	Assistant, IT Unit

**SECRETARIAT OF THE PARLIAMENT  
OF THE REPUBLIC OF ARMENIA**

1	Mr	BIYAGOV	Victor	Secretariat of the Delegation, Department of Foreign Relations
2	Ms	SHIMSIHRYAN	Karine	Department of Foreign Relations
3	Ms	MKRTCHYAN	Narine	Committee on Foreign Relations
4	Ms	GYOZALYAN	Lilit	Committee on Foreign Relations
5	Mr	KARAPETYAN	Hovhannes	Protocol Department
6	Ms	MESROPYAN	Hermine	Committee on European Integration
7	Mr	TER-BAGHDASARYAN	Vaghinak	Protocol Department

**SECRETARIAT OF THE PARLIAMENT OF GEORGIA**

1	Mr	SKHIERELI	Mikheil	Head of the Staff Office, Committee on European Integration
---	----	-----------	---------	-------------------------------------------------------------

**SECRETARIAT OF THE PARLIAMENT OF  
THE REPUBLIC OF MOLDOVA**

1	Mr	BURDELNII	Eugeniu	Secretary of Delegation, Head of Inter-Parliamentary Relations Unit
---	----	-----------	---------	---------------------------------------------------------------------

**SECRETARIAT OF THE DELEGATION OF  
THE VERKHOVNA RADA OF UKRAINE**

1	Mr	BAGRINETS	Andrii	Secretariat of the Ukrainian Delegation, Inter-Parliamentary Liason Office
2	Mr	FERENS	Bogdan	Secretariat of the Ukrainian Delegation, Inter-Parliamentary Liason Office
3	Ms	PAVLENKO	Yulia	Secretariat of the Ukrainian Delegation, Inter-Parliamentary Liason Office

**EUROPEAN PARLIAMENT DG TRANSLATION**

1	Ms	BELICHINA	Svetlana	DG Translation
2	Ms	BLANCHE	Evelina	DG Translation
3	Mr	SANGSTER	Michael	DG Translation <i>(remote assistance from Luxembourg)</i>

**EUROPEAN PARLIAMENT DG COMMUNICATION**

1	Ms	KRIVADE	Agnese	Administrator, Press officer
---	----	---------	--------	---------------------------------

**EUROPEAN PARLIAMENT DG PRESIDENCY-PROTOCOL**

1	Mr	JOVIN	Branko	Assistant
---	----	-------	--------	-----------

**EUROPEAN PARLIAMENT DG FOR INFRASTRUCTURE AND LOGISTICS**

1	Mr	DEVACHT	Hubert	Usher
2	Ms	DIAZ CONDE	Olivia	Usher
3	Mr	DANESHVAR	Ali Reza	Usher

## EUROPEAN PARLIAMENT DG INTERPRETATION AND CONFERENCES

<b>EN booth:</b>			
1	Mr	HOBBS	James
2	Ms	LIPPA	Catherine
3	Mr	MCILROY	David Andrew
4	Mr	WOODMAN	Nicholas
<b>RU booth:</b>			
1	Ms	MALYCHINA <i>(team leader)</i>	Natalija
2	Mr	BOURTSEV	Andrei
3	Mr	BURDENKOV	Vladimir
4	Mr	FOKIN	Alexei
5	Ms	IGNATOVA	Evgenia
6	Mr	KASJANOV	Alexander
7	Mr	KORZH	Konstantin
8	Mr	LENYASHIN	Nicholas
9	Mr	SHKALIKOV	Grigory
10	Ms	SHUTOVA	Ekaterina
11	Ms	WHEATCROFT	Anna
12	Mr	YAKOVLEV	Sergei
<b>PL booth:</b>			
1	Ms	DURLAK- MOSKAL	Agnieszka
2	Ms	GONTAR	Beata
3	Ms	POREBSKA	Agnieszka
4	Mr	SKRZYPCZAK	Wojciech
5	Mr	WNUK	Przemyslaw
6	Ms	WROBEL	Dagmara

## **EUROPEAN PARLIAMENT POLITICAL GROUP STAFF**

1	Mr	APOSTOL	Marian	EPP
2	Mr	ERMANS	Collin	EPP
3	Mr	GOLANSKI	Robert	EPP
4	Mr	HANNIBAL	Marek	EPP
5	Mr	TROMBETTA	Rino	EPP
6	Mr	GRECO	Vincenzo	S&D
7	Mr	KUHNE	Ralf	S&D
8	Mr	SEMRAU	Jakub	S&D
9	Mr	DANECKI	Wojciech	ECR
10	Mr	HAZLEWOOD	Richard	ECR
11	Mr	SMITH	Cameron	ECR
12	Ms	BALOGH	Orsolya	ALDE
13	Mr	BERGAMASCHI	Paolo	GREENS/EFA
14	Mrs	KROPAITE	Egle	EFDD

## **NON INSCRITS STAFF**

1	Mr	MASSEI	Manlio	NI
---	----	--------	--------	----

## **OTHERS**

### **EUROPEAN EXTERNAL ACTION SERVICE (EEAS)**

1	Mr	HRISTEA	Traian Laurentiu	Head of the EU Delegation to Armenia
2	Mr	MARTINS	Adriano	Deputy Head of Division Eastern Partnership
3	Mr	RAB	Razvan Stefan	European External Action Service
4	Ms	LAPINA	Ieva	European External Action Service

## EUROPEAN COMMISSION

1	Mr	DEVIGNE	Luc	Head of Unit, DG Trade
2	Mr	FONTANA	Andrea Matteo	Head of Unit, DG NEAR, Neighbourhood East
3	Ms	HUBER	Annemarie	Adviser, Cabinet of Commissioner Hahn
4	Ms	JAHNS	Hanna	Adviser, Cabinet of Commissioner Hahn
5	Mr	STROHAL	Severin	DG NEAR, Unit C, Neighbourhood East

## COMMITTEE OF THE REGIONS

1	Mr	YERITSYAN	Emin	Co-Chairman of the Conference of the Regional and Local Authorities for the Eastern Partnership
---	----	-----------	------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

## **OBSERVERS FROM PARLIAMENTS OF THE EU TROIKA**

### **PARLIAMENT OF LATVIA**

1	Mr	KOLS	Rihards	Vice-Chair of the Foreign Affairs Committee
---	----	------	---------	---------------------------------------------

### **SECRETARIAT OF THE PARLIAMENT OF LATVIA**

1	Mr	JEFIMOVŠ	Arthurs	Foreign Affairs Committee
---	----	----------	---------	---------------------------

### **CIVIL SOCIETY FORUM OBSERVERS**

		<b>Last Name</b>	<b>First Name</b>	<b>Country</b>	<b>Organisation</b>
1	Ms	BASARAB	Tanya	Belgium	Advocacy and Membership Manager, EaP CSF Secretariat
2	Mr	BOBINSKI	Krzysztof	Poland	Co-chair of EaP CSF Steering Committee and Coordinator of Working Group 1 Council
3	Mr	HOVHANNISYAN	Mikayel	Armenia	Coordinator of the Armenian National Platform
4	Mr	KUPRII	Volodymyr	Ukraine	Coordinator of Working Group 1 Council
5	Ms	KUPRASHVILI	Natia	Georgia	Georgian Association of Regional Broadcasters

6	Mr	KUZNETSOV	Petr	Belarus	Gomel Democratic Forum
7	Mr	MANOLE	Ion	Moldova	Association PromoLex
8	Ms	PUTKARADZE	Irina	Georgia	Public Advocacy
9	Ms	SUSHKO	Iryna	Ukraine	Civic initiative Europe without Barriers
10	Ms	ZALYAN	Ofelya	Armenia	Vanadzor Office of Helsinki Civil Assembly

**BELARUSIAN OPPOSITION LEADERS**

1	Mr	KALYAKIN	Sergey	Belarusian Left Party "Fair World"
2	Mr	LIABEDZKA	Anatol	United Civic Party (UCP)
3	Mr	MILINKEVICH	Alexander	"For Freedom" Movement
4	Mr	NYAKLYAEU	Uladzimir	Tell the Truth
5	Mr	RYMASHEUSKY	Vital	Belarusian Christian Democracy
6	Mr	KASTUSIOU	Ryhor	Belarusian People's Front (BNF)
7	Ms	VESHTARD	Iryna	Social Democratic Party (Hramada)